



LUZERN DAS STADTMAGAZIN

Ausgabe #05, Dezember 2013

4 DEFIZIT BEKÄMPFEN
STADT ENTWICKELN

LEBEN IN DER RÖSSLIMATT

6 PARLAMENT STOPPT
GESAMTPLANUNG

18 PORTRÄT:
MATHIS PFÄFFLI



Stefan Roth
Stadtpräsident

Stadt
Lucerne

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Stelle für Kommunikation
Niklaus Zeier
Dagmar Christen

Autorinnen / Autoren:
Daniel Arnold (Aktuell)
Melchior Bendel (MB)
Pirmin Bossart
Flavian Cajacob
Dagmar Christen (DC)
Urs Dossenbach (UD)
Dragana Glavic (DG)
Niklaus Zeier (NZ)
Eveline Zimmermann

Korrektur:
Daniela Kessler

Erscheint fünfmal jährlich
in einer Auflage von
50'000 Exemplaren

Grafik:
hofmann.to

Fotos:
Franca Pedrazzetti (Front,
3, 4, 6, 8, 14, 15, 16, 18)
Gregor Stäubli (10, 12)

Visualisierung:
Stadt Lucerne (17, 23)

Druck:
Druckzentrum der Neuen
Lucerner Zeitung

Titelbild:
Anna Schumacher lebt
seit bald 60 Jahren in der
Rösslimatt, einem Quartier,
in dem die Zukunft bereits
begonnen hat.

Gedruckt auf Recycling-
Papier, hergestellt in der
Schweiz

© Stadt Lucerne

AUF EIN ERFOLGREICHES NEUES JAHR

Liebe Luzernerinnen und Luzerner

Der «Blick» titelte im November «Städte sehen rot». Im ganzen Land müssen die Städte vermehrt Defizite budgetieren, zum Teil massive. Luzern steht vergleichsweise gut da. Im Jahr 2014 rechnen wir mit einem Minus von 500'000 Franken. Die Steuererhöhung und die Sparpakete zeigen Wirkung. Auch für die Jahre 2015 bis 2018 rechnen wir mit ausgeglichenen Budgets. So können wir die Neuverschuldung stoppen.

«Luzern sieht Morgenrot» sähe ich gerne als Titel. Denn Luzern hat das Potenzial, die finanziell sehr schwierigen Jahre seit 2010 schon bald hinter sich zu lassen. Es sind mehrere Punkte, die meine Zuversicht begründen:

Die konjunkturellen Aussichten sind für die ganze Schweiz und für den Kanton Luzern insbesondere gut. Die jüngsten Prognosen versprechen eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Gangart. Die Binnenwirtschaft wächst robust, die Exporte nehmen zu.

In der Stadt Luzern sind verhältnismässig wenige freie Landreserven verfügbar, diese werden dank der neuen BZO jetzt aber zügig entwickelt. Die von der SBB geplante Überbauung Rösslimatt beim Bahnhof ist ein aktuelles Beispiel, wie die Entwicklung aussehen könnte: wohnen und arbeiten in optimaler Zentrumsnähe.

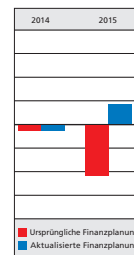
Der Stadtrat hat sich für die Jahre 2014 bis 2017 ein verstärktes wirtschaftspolitisches Engagement vorgenommen. Die Mehrheit des Stadtparlaments wünscht sich vom Stadtrat ein noch deutlicheres Zeichen. Das Signal ist unmissverständlich: Die städtische Politik glaubt an den Wirtschaftsstandort.

Der wichtigste Grund, warum ich diese positive Stimmung in Luzern wahrnehme, liegt in der unvergleichlichen Stärke Luzerns: Luzern bietet ein Gesamtpaket von Bildung, Kultur und Landschaft. Das Zusammenspiel dieser Faktoren in einer Gesellschaft, die sich mit der Stadt Luzern identifiziert und sich hier engagiert, ist für unsere hohe Lebensqualität verantwortlich. Die Luzernerinnen und Luzerner leben und arbeiten gerne hier.

Ich freue mich darum auf ein erfolgreiches neues Jahr. Ihnen wünsche ich auch 2014 alles Gute, Gesundheit und persönliches Wohlergehen!

3 NACHGEFRAGT

4 FINANZEN



Die städtischen Finanzen ins Lot bringen: Dieses Ziel soll durch Sparen und Mehreinnahmen erreicht werden. Die Erträge der Stadt sollen vor allem durch die Entwicklung stadteigener Areale gesteigert werden.

6 PARLAMENT

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat die Gesamtplanung 2014–2018 an den Stadtrat zurückgewiesen. Im «Stadtmagazin» äussern sich die Fraktionen, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll.

8 ABSTIMMUNG

Eine Initiative will die Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum GSW mit 20 Mio. Franken stärken. Der Gegenvorschlag der Stadt sieht dafür 4 Mio. Franken vor.



14 QUARTIER

Hinter dem Bahnhof, hinter den Geleisen hat die Zukunft bereits begonnen: SBB und Stadt wollen die Rösslimatt zu einem modernen städtischen Raum mit hochwertigem Nutzungsmix entwickeln.



16 SCHULE

Gesunde Kinder lernen besser. Deshalb werden in der Morgenpause saisonale Früchte, Gemüsebrötli, Reiswaffeln und Brainfood wie Nüsse, Rosinen und Dörrfrüchte angeboten. Die Pausenkioske betreiben Sekundarschülerinnen und -schüler.

18 PORTRÄT

20 AKTUELL

24 KEHRSEITE

UNABHÄNGIGE VERMITTLERIN BEI KONFLIKTEN

Wer sich von der Stadtverwaltung missverstanden oder unkorrekt behandelt fühlt, kann sich bei Lucia Schnider Stulz melden. Die erste Ombudsfrau der Stadt Luzern nimmt ihre Arbeit am 6. Januar 2014 auf.



1

Ombudsfrau Lucia Schnider Stulz, werden Sie der Verwaltung auf die Finger schauen?

Ich werde nicht selber aktiv, sondern nur auf ausdrücklichen Wunsch einer ratsuchenden Person. Wenn ich mich einschalte, muss die Verwaltung mitwirken und mir Einsicht in alle Akten geben. In erster Linie werde ich jedoch bei einem Konflikt darum bemüht sein, eine faire und für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden. Dazu gehört auch, Missverständnisse zu klären oder Erwartungen an die Behörde richtigzustellen.

Sie sind vom Grossen Stadtrat gewählt worden und

müssen dem Parlament über Ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen, Ihre Stelle wird aus der Stadtkasse finanziert, Sie werden ständig mit der Verwaltung Kontakt haben. Wie steht es mit Ihrer Unabhängigkeit?

Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben mich in ihrer Funktion als Volksvertreterinnen und -vertreter gewählt. Ich bin weder dem Stadtrat noch der Verwaltung unterstellt. Zudem bin ich nicht politisch aktiv und habe neben meiner Tätigkeit als Ombudsfrau keine weiteren beruflichen Kontakte zur Stadtverwaltung. Dies alles garantiert meine Unabhängigkeit.

Wer kann sich bei Ihnen melden?

Alle Menschen, unabhängig von Alter, Nationalität oder Wohnort, die sich von Stadtrat oder Verwaltung ungerecht behandelt fühlen. Wer mit den Behörden in einen Konflikt geraten ist, kann sich an die Ombudsstelle wenden. Das Angebot ist kostenlos.

Mit 30 Prozent ist Ihre Stelle relativ niedrig dotiert. Wie und wann erreicht man Sie?

Ratsuchende Personen können sich jederzeit telefonisch, via E-Mail oder per Brief melden und ihr Anliegen schildern. Ich nehme dann möglichst schnell mit diesen Personen Kontakt auf und vereinbare einen Gesprächstermin. Um möglichst rasche und unkomplizierte Abläufe anbieten zu können, werde ich durch ein Sekretariat unterstützt.

Als Ombudsfrau stehen Sie zwischen den Fronten. Was motiviert Sie, diese Aufgabe zu übernehmen?

Ich habe die tiefe Überzeugung, dass sich in fast jedem Konflikt eine zufriedenstellende Lösung finden lässt. Als Vermittlerin kann ich eine einvernehmliche Lösungssuche unterstützen. Diese Aufgabe entspricht mir sehr. Das habe ich während zehn Jahren in meinem Anwalts- und Mediationsbüro erfahren. Zudem weiss ich aus Anstellungen beim Kanton und einer Stellvertretung bei der Stadt, wie Verwaltungen ticken. Ich glaube, dass ich den verschiedenen Seiten gerecht werden kann, und möchte zur Vertrauensperson der Bevölkerung und der städtischen Mitarbeitenden werden.

Eveline Zimmermann
Kommunikation

1 | Lucia Schnider Stulz:
«Ich möchte zur Vertrauensperson der Bevölkerung und der städtischen Mitarbeitenden werden.»

Ombudsfrau
Hirschengraben 31
Postfach 7646
6000 Luzern 7
Tel. 041 241 04 44

info@ombudsstelle-
stadt-luzern.ch
www.ombudsstelle-
stadt-luzern.ch

NEUE MASSNAHMEN BRINGEN FINANZPLANUNG AUF KURS

Trotz Steuererhöhung und Sparmassnahmen musste der Stadtrat nochmals Massnahmen beschliessen, um Defizite zu vermeiden. Das Parlament unterstützt ihn. Der Finanzplan ist nun wieder im Lot.



1

ungsbereich», erklärt Stadtpräsident und Finanzdirektor Stefan Roth. «Bei der jährlichen Überarbeitung erfassen wir sämtliche Entwicklungen und beurteilen sie neu. Dies führt zu Veränderungen.»

Parlament unterstützt Stadtrat

Der Stadtrat hat umgehend reagiert und einer internen Arbeitsgruppe den Auftrag gegeben, Massnahmen von rund 7 Mio. Franken zu erarbeiten. Diese überzeugten den Stadtrat. Er präsentierte sie in der Folge der Geschäftsprüfungskommission des Grosse Stadtrates und der Öffentlichkeit. Es gelang ihm damit, das Vertrauen des Parlaments zu gewinnen. Der Grosse Stadtrat stimmte dem Voranschlag 2014 deutlich mit 43 Ja zu 2 Nein zu.

Welches sind denn diese Massnahmen? Aufgrund der sehr flachen Teuerung werden geplante Renten- und Lohnanpassungen bei den Pensionierten und den Angestellten der Stadtverwaltung, welche in der Planung vorgesehen waren, zurückgenommen. Dies führt zu Einsparungen zwischen 4,7 Mio. und 5,3 Mio. Franken. «Aus Solidarität zu dieser Massnahme kürzt sich der Stadtrat selber seinen Lohn in den Jahren 2015 und 2016, also bis Ende der Legislatur, um total 170'000 Franken», erklärt Stefan Roth. Weitere Einsparungen liegen bei Planungen in Sport und Kultur. Mehr Einnahmen will der Stadtrat bei den Sportstätten erreichen, entweder durch einen regionalen Finanzausgleich oder durch die Einführung höherer Tarife für ausserstädtische Besucherinnen und Besucher, was einer Bevorzugung der Einheimischen entspricht. Schliesslich profitiert die Stadt von der Rückerstattung von Geldern aus der Abfallverwertung.

Mit der Umsetzung dieser Massnahmen verbessert sich die Finanzplanung deutlich. 2015, 2017 und 2018 soll es zu Gewinnen kommen. Einzig 2014 und 2016 rechnet die Stadt mit minimalen Defiziten (siehe «Aktualisierte Finanzplanung 2014–2018»).

Arealentwicklung forcieren

«Sparen ist ein permanenter Auftrag an Stadtrat und Verwaltung», hält Stefan Roth fest. «Wir wollen uns aber auch entwickeln und zu mehr Einnahmen kommen.» Dazu stehen Arealentwicklungen wie Rösslimatt, Pilatusplatz, Steghof und Littauerboden im Zentrum. «Solange Bund und Kanton nicht nochmals Steuern senken oder Kosten auf die Gemeinden abwälzen, sind wir zuversichtlich, dass wir in den kommenden Jahren unseren Finanzaushalt im Griff haben werden und wir das Thema Steuererhöhung in der Stadt nicht diskutieren müssen.»

NZ. Ende November debattierte der Grosse Stadtrat über den Voranschlag 2014 der Stadt Luzern. Auch dieses Budget war wie die beiden vorgängigen umstritten: Gegen den Voranschlag 2012 wurde das Referendum ergriffen, der Voranschlag 2013 enthielt eine Steuererhöhung. In beiden Fällen folgte ein deutliches Ja an der Urne. Beim Voranschlag 2014 zeigte sich, dass die Finanzplanzahlen der Jahre 2015–2018 ungenügend waren und eine Aktualisierung vorgenommen werden musste.

Gesamtstrategie 2013 nachgebessert

Wir erinnern uns: Im Dezember 2012 sagten die Stimmberechtigten Ja zum Voranschlag 2013, der eine Steuererhöhung um 3,08 Prozent beinhaltete. Somit erhielt der Stadtrat indirekt auch grünes Licht, seine Gesamtstrategie 2013 umzusetzen. Neben der Steuererhöhung enthielt diese ein Spar- und Entlastungspaket von 4 Mio. Franken. Damit wollte der Stadtrat aus dem Tal der Defizite herauskommen und ab 2016 wieder schwarze Zahlen schreiben. So sah es die Finanzplanung 2013–2017 vor.

Bei der Planung des Voranschlages 2014 und des Finanzplanes 2014–2018 zeigte sich aber, dass diverse Kostensteigerungen in den kommenden Jahren zu Defiziten in der Höhe von 4 bis 7 Mio. Franken führen würden (siehe «Ursprüngliche Finanzplanung 2014–2018»). «Wir sehen uns zum Beispiel mit höheren Beiträgen in der Fürsorge und steigenden Fallzahlen im Sozialbereich konfrontiert, ebenso in der Volksschule mit der Umsetzung kantonaler Vorgaben und einem Ausbau im Betreu-

1 | Für Stadtpräsident Stefan Roth ist es zentral, dass die Stadt Luzern durch Entwicklungen von städtischen Arealen zu mehr Steuereinnahmen kommen muss.

Finanzplanung überarbeitet

Während die Finanzplanung 2013–2017 eine Erholung der städtischen Finanzen ab 2016 vorsah, prognostizierte der ursprüngliche Finanzplan 2014–2018 weitere deutliche Defizite; das grösste Defizit wurde mit 7,4 Mio. Franken für 2016 prognostiziert. Der Stadtrat ergriff Massnahmen. Diese führen dazu, dass der aktualisierte Finanzplan 2014 bis 2018 fast nur noch Gewinne aufweist. Der höchste Gewinn mit 3,9 Mio. Franken wird für 2018 prognostiziert.

Sparen und entwickeln

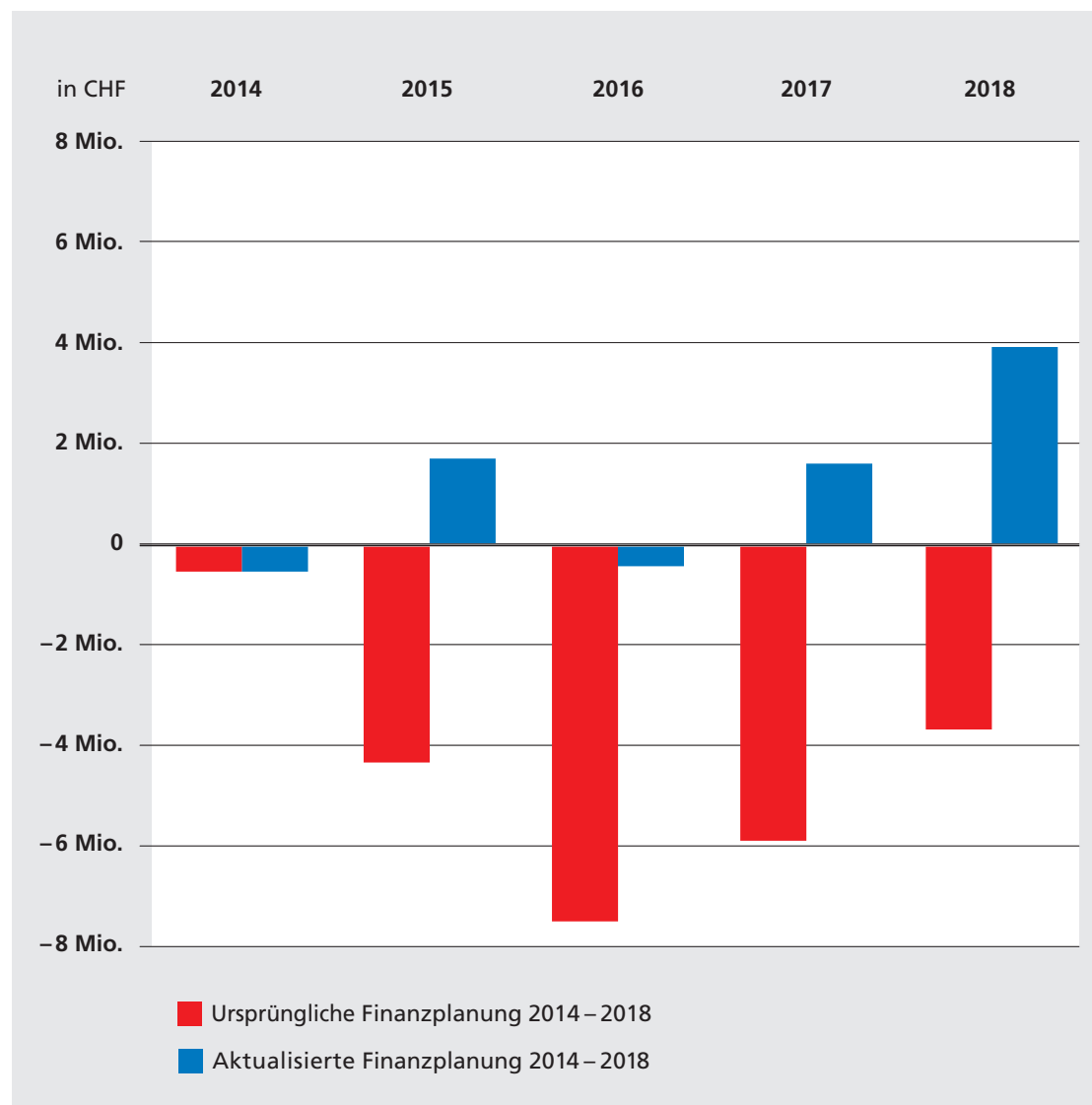
Damit die Stadt künftig auf externe Einflüsse wie Gesetzesänderungen auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene reagieren und die Verschuldung weiter abbauen kann, will der Stadtrat neben Sparen/Konsolidieren vor allem Massnahmen umsetzen, welche die Ertragskraft der Stadt stärken. Diese liegen insbesondere bei der Entwicklung stadteigener Areale. Sie zeigen ihre Auswirkungen zeitlich später als die Spar- und Konsolidierungsmassnahmen.

Ursprüngliche Finanzplanung 2014–2018

in Mio. Franken	2014	2015	2016	2017	2018
Aufwand	-757.9	-762.7	-775.7	-786.4	-797.3
Ertrag	757.4	758.2	768.3	780.5	793.7
Rechnungsergebnis	-0.5	-4.4	-7.4	-5.8	-3.6

Aktualisierte Finanzplanung 2014–2018

in Mio. Franken	2014	2015	2016	2017	2018
Aufwand	-757.9	-756.7	-768.9	-779.4	-790.1
Ertrag	757.4	758.2	768.5	780.5	794.0
Rechnungsergebnis	-0.5	1.5	-0.4	1.4	3.9



GESAMTPLANUNG: ZURÜCK AN DEN STADTRAT

Die Gesamtplanung 2014–2018 wurde von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament an den Stadtrat zurückgewiesen. Dies weil sie inhaltlich und politisch zu wenig klar sei und sich nicht auf die aktuelle Finanzentwicklung abstütze.



1



2



3



4

NZ. Die Gesamtplanung ist das wichtigste Strategiepapier des Stadtrates. Sie besteht aus Zielbild (siehe S. 7), Leitsätzen (siehe unten links), Fünfjahreszielen und Finanzplan. Nach dem Start der Amtsperiode 2012–2016 erarbeitete der Stadtrat eine neue Gesamtplanung. Diese wurde unter Einbezug der Bevölkerung entwickelt: mit Befragungen und öffentlichen Foren, und sie stützt sich auf Ergebnisse von Volksabstimmungen.

Ende November 2013 wurde die Gesamtplanung 2014–2018 von den Fraktionen der FDP, CVP und SVP zurückgewiesen, die SP/JUSO und die G/JG wollten auf das Geschäft eintreten, die GLP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

grünliberale

JETZT BRAUCHT ES ENGAGEMENT UND KOMPROMISSE

Der glp-Fraktion gefällt die kompakte neue Form der Gesamtplanung. Enttäuscht sind auch wir von den schlechten Budgetzahlen. Es zeigt uns, dass wir nicht nachlassen dürfen mit den wirtschaftlichen Bemühungen. Der Entscheid der GPK, die neue Gesamtplanung zurückzuweisen,

hat uns überrascht. Wir sehen die prominente Nennung einzelner Themenfelder nicht so dramatisch wie andere Parteien. Wären wir in der GPK vertreten, hätten wir unsere politische Verantwortung mit entsprechenden Korrekturen umgehend wahrgenommen.

In der anstehenden Mitwirkung sehen wir nun die Chance, dass die Nachhaltigkeit der städtischen Finanzpolitik und die

Entwicklung der Wirtschaft mit all ihren Bereichen deutlicher erkennbar werden. Im Weiteren ist auf eine bessere Vernetzung der verschiedenen sozialen Bereiche im Sinne einer ganzheitlichen Generationenpolitik zu achten.

Was unserer Stadt aber definitiv am meisten bringt, ist ein konstruktives, mehrheitsfähiges Engagement der politischen Kräfte.

András Özvegyi

- Die Gesamtplanung wies vier **Leitsätze** auf:
- 1 | Luzern strebt die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft an.
 - 2 | Luzern ist eine durchmischte und solidarische Stadt mit einem vielfältigen Wohnungsangebot und lebendigen Quartieren.
 - 3 | Luzern verfügt über innovative Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung und sichert damit attraktive Arbeitsplätze.
 - 4 | Luzern ist mit dem Durchgangstiefbahnhof gut ins internationale, nationale und regionale Bahnnetz eingebunden. Die Innenstadt ist für alle zuverlässig und sicher erreichbar und vom Durchgangsverkehr weitgehend befreit.



FORTFÜHRUNG DER BISHERIGEN PLANUNG

Die Gesamtplanung ist eine Fortführung der bisherigen Planungen unter Einbezug der Bevölkerung, konkret der Bevölkerungsbefragung, der öffentlichen Foren wie auch wegweisender Abstimmungsergebnisse, z.B. zur Wohnraumpolitik. Wichtig und richtig ist, dass die Klima- und Energievorgaben weiterhin be-

achtet werden. Es freut uns, dass die gesamte städtische Entwicklung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit gesehen wird. Dabei soll die Nachhaltigkeit alle drei Dimensionen der Ökologie, der Gesellschaft und der Wirtschaft beinhalten und keinen Fokus auf die Wirtschaft legen. In Bezug auf die städtische Finanzlage haben wir Grünen bereits vor einem Jahr eine höhere Steuererhöhung gefordert, dies damit die Stadt

die nötigen Investitionen tätigen kann und nicht nur Sparmassnahmen, Budgetanpassungen und Rückstellungen von Projekten unseren politischen Alltag bestimmen. Wir Grünen wollen unseren nächsten Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen, sondern eine gesunde Umwelt und eine Energieproduktion ohne Atomstrom.

Katharina Hubacher

 SP

RÜCKWEISUNG IST UNVERSTÄNDLICH

Nie zuvor wurde die Stadtbevölkerung in so hohem Masse in die Erarbeitung dieses strategischen Planungsinstrument einbezogen. An öffentlichen Zukunftskonferenzen und mittels einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung konnten sich die Luzernerinnen und Luzerner ausführlich einbringen und die neue

Gesamtplanung 2014–2018 massgeblich mitgestalten.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist die Rückweisung im Rat durch die bürgerliche Mehrheit absolut unverständlich. Schade, dass die bürgerliche Mehrheit an den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung vorbeipolitisiert.

Natürlich gibt es auch aus linker Sicht Themen, welche wenig berücksichtigt wurden. So wünschen wir uns verbindlichere Aus-

sagen zur Familienpolitik oder zum gemeinnützigen Wohnungsbau.

Auch stellen wir uns klar gegen die Auslagerung der Altersheime. Wir haben jedoch – genau wie die Bevölkerung – konstruktiv an der Gesamtplanung mitgearbeitet.

Die Rückweisung ist ein Affront gegenüber der Bevölkerung!

Nico van der Heiden



KEIN FLICKWERK – MUTIGE LÖSUNGEN

Weder Zielbild noch Leitsätze der Gesamtplanung genügen unseren Ansprüchen. Bei der letzten Gesamtplanung waren die Aussagen viel griffiger.

Der Finanzteil entspricht zudem nicht mehr der aktuellen Strategie des Stadtrates. Wenn wir die bisherigen und die neuen Elemente zusammengefügt hätten,

wäre daraus ein Flickwerk entstanden.

Wir möchten die Wirtschaft vermehrt fördern und verlangen einen Wirtschaftsbericht, der aufgezeigt, wie wir diesen Bereich stärken können. Auch dem Tourismus wollen wir einen höheren Stellenwert einräumen. Die unbefriedigende Situation mit den Cars auf dem Schwanenplatz muss zügig angegangen werden. In der Verkehrspolitik sind wir

pragmatisch. Privater Verkehr, Langsamverkehr und öffentlicher Verkehr sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen auch mutige, neue Lösungen. Weder ein Moratorium für Verkehrsmassnahmen Marke SVP noch die überstürzte Aufhebung von Parkplätzen, wie sie die SP bei der Bahnhofstrasse verlangt hat, helfen uns weiter.

Albert Schwarzenbach



PLANLOSES WUNSCHKONZERT

Mit der Gesamtplanung werden wichtige Weichen gestellt, um die Richtung für die weitere Entwicklung der Stadt vorzugeben. Sie muss deshalb auf einer sorgfältigen Analyse basieren, in der die Stärken und Schwächen aufgezeigt sowie Fragen zur Umwelt und zu den sich bietenden Chancen beantwortet werden.

Ihre Einschätzungen und Vorstellungen hat die FDP-Fraktion darin jedoch nicht wiedergefunden. Uns fehlt diese wichtige Analyse, ein systematisches Sieb-Befassung mit den Herausforderungen, ein starker Fokus auf die Wirtschaft, und uns fehlen echte Lösungen zum Verkehr.

Doch ganz entscheidend: Es fehlt eine Finanzplanung, die der Stadt Sicherheit und Handlungsfreiheit für die Zukunft gibt.

In unseren Augen ist die vorliegende Gesamtplanung ein Wunschkonzert ohne verbindlichen Plan, wie und wer dies je bezahlen soll. Dem konnte die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Eine erneute Steuererhöhung steht NICHT auf dem Radar der FDP. Daher hat die FDP-Fraktion die Gesamtplanung einstimmig zurückgewiesen.

Sonja Döbeli Stirnemann



WEDER BÜRGERLICH NOCH FINANZIERBAR

Schon in den vergangenen Jahren sah sich die SVP immer wieder veranlasst, wesentliche Bereiche der Gesamtplanung ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die Hoffnung war trügerisch, dass mit einer überarbeiteten Gesamtplanung die immer wieder eingebrachten SVP-Anliegen hin zu einer bürgerlichen Politik

endlich vom Stadtrat aufgenommen würden. Obwohl die aktuelle Finanzlage auch beim Stadtrat ein Alarmsignal hätte auslösen sollen, wurde die neue Fassung noch weiter «nach links» ausgerichtet und mit einem «rot-grünen» Anstrich versehen! Bei den Zielen und Massnahmen wurde wahrlich nicht gezeigt mit wohlklingenden Wortdeutungen. Wie dieses Wunschkonzert nach der Erstellung von immer mehr

«Leuchtturmprojekten» umgesetzt und finanziert werden kann, darüber schweigt sich der Stadtrat jedoch aus. Zu wenig kommt in der vorliegenden Fassung zum Ausdruck, dass auch der Mittelstand und «gute Steuerzahler» Ansprüche an die Politik haben, welche nicht dahin gehen, dass sich der Staat in immer mehr Bereiche des Privatlebens eingeben muss.

Marcel Lingg

Zielbild

Das Zielbild zeigte auf, wie sich die Stadt in rund 20 Jahren präsentieren sollte: «Zeitgemässes Wohnen für eine durchmischte Gesellschaft und kreatives Werken in Kultur und Wirtschaft, basierend auf fortschrittlichem Wissen auf allen Bildungsstufen, in einer einzigartigen, intakten Umwelt nahe beieinander, machen Luzern zur Stadtregion mit der nachhaltigsten Entwicklung der Schweiz.»

Gesamtplanung wird überarbeitet

Die Rückweisung der Gesamtplanung durch die bürgerliche Mehrheit des Parlaments hat zur Folge, dass der Stadtrat die Gesamtplanung überarbeiten muss. Bis die neue Planung in Kraft steht, gilt sinngemäss jene für die Jahre 2013–2017.

Vernehmlassung

Um noch genauer zu erfahren, in welche Richtung das Parlament die Gesamtplanung überarbeitet haben will, findet bei den Fraktionen in den kommenden Wochen eine Vernehmlassung statt. Damit geht der Stadtrat auch auf die Kritik ein, dass das Parlament bei der Erarbeitung zu wenig einbezogen worden war. Die neue Planung soll im Spätsommer 2014 vorliegen.

MEHR MITTEL FÜR PREISGÜNSTIGEN WOHNRAUM

Das Parlament lehnt die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume» ab. Stattdessen soll der stadträtliche Gegenvorschlag umgesetzt werden. Die Luzernerinnen und Luzerner entscheiden am 9. Februar 2014 an der Urne.



1 | Die Baselstrasse 91, 93 und 99 sind Eigentum der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW): Der Fonds zugunsten der GSW soll laut Initiative um 20 Mio., laut stadträtlichem Gegenvorschlag um 4 Mio. Franken erhöht werden.

DC. Am 24. Januar 2011 reichten der Mieterinnen- und Mieterverband, die Grünen und die SP die städtische Volksinitiative «Für zahlbaren Wohnraum» ein. Die Initiative verlangt, dass bis in 25 Jahren mindestens 16 Prozent des Wohnungsbestandes der Stadt Luzern nach den Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet werden sollen. Der Initiative haben die Stimmberechtigten am 17. Juni 2012 zugestimmt.

Wenige Tage vor der Abstimmung über die Initiative und dem Ja der Stimmberechtigten zu mehr zahlbarem Wohnraum kam die JUSO-Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» zustande: Die Initiative verlangt, dass die Stadt das Stiftungskapital der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) um

20 Mio. Franken erhöht, verbunden mit dem Auftrag, dass sich diese aktiv für die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils an zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen in der Stadt einsetzt. Die GSW soll sich dem Ziel einer soziodemografisch durchmischten Wohnbevölkerung in sämtlichen Quartieren der Stadt Luzern verpflichten.

GSW

Die Stadt Luzern errichtete 1984 zusammen mit sieben sozialen Wohn- und Baugenossenschaften und der Luzerner Kantonalbank die Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW). Die GSW hatte gemäss ihrem ersten Stiftungsstatut den Auftrag, Bauland und unbebaute Grundstücke zu beschaffen und

zu vermitteln, vorab für die im Stiftungsrat vertretenen Genossenschaften. 1991 wurde der Stiftungszweck der GSW ausgedehnt, damit sie künftig selber Liegenschaften erwerben konnte.

Heute verwaltet die GSW 278 Wohnungen und kann zirka 0,7 Prozent der städtischen Wohnbevölkerung günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Mit ihrem Fachwissen unterstützt die GSW den Campus Luzern, indem sie für den Verein Studentisches Wohnen insgesamt 69 Zimmer an Studierende vermietet. Im GSW-Fonds stehen aktuell rund 2,7 Mio. Franken zur Verfügung.

Gegenvorschlag

Stadtrat und Parlament lehnen die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» ab;

die Mehrheit des Parlaments unterstützt den stadträtlichen Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, die GSW finanziell zu stärken, indem der Fonds zugunsten der GSW ab 2017 bis 2022 um 4 Mio. Franken erhöht wird. Diese Massnahme wird der Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» gegenübergestellt. Die Initiative verlangt eine Erhöhung des Stiftungskapitals der GSW um 20 Mio. Franken.

Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist eine der insgesamt 21 Massnahmen der sogenannten «Städtischen Wohnraumpolitik II». Mit diesem Bericht, den der Grosse Stadtrat am 24. Oktober 2013 zur Kenntnis genommen hat, zeigt der Stadtrat unter anderem auf, wie der gemeinnützige Wohnraum innert 25 Jahren auf 16 Prozent erhöht werden soll. Grundpfeiler der stadträtlichen Massnahmen sind eine aktive Liegenschaftspolitik, die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohn- und Baugenossenschaften und die Stärkung der GSW.

Debatte

Bei der Debatte zeigte sich ein klares Bild: Die SP/JUSO- und die G/JG-Fraktion sprachen sich für die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» aus, die Fraktionen der CVP, FDP, SVP und GLP lehnten die Initiative ab. Dies weil die Initiative der GSW und ihren angestammten Aufgaben nicht entgegenkomme und die heutigen Strukturen der GSW sprengte. Zudem setzten die Initiativforderungen die GSW mit den Wohn- und Baugenossenschaften in Konkurrenz und trügen finanziell weder den Möglichkeiten der GSW noch der Finanzlage der Stadt Rechnung. Alle Fraktionen ausser der SVP unterstützten den Gegenvorschlag des Stadtrates.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern» abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Stellungnahme des Initiativkomitees:

Ja zur Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume»

Die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume» fordert, dass die «Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum» mit einer einmaligen Einlage von 20 Mio. Franken gestärkt wird.

Damit wird der Handlungsspielraum der Stiftung nachhaltig gestärkt, und die Stiftung kann ihrem Stiftungszweck – «unter Ausschluss jeder spekulativen Absicht die Beschaffung und Vermittlung von preisgünstigen Wohnungen» – besser gerecht werden. Dies ist dringend nötig, damit die Stadt den Auftrag der Bevölkerung, mehr gemeinnützigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auch tatsächlich umsetzen kann. Durch eine Annahme kann die GSW bestehende (Altbau-)Wohnungen aufkaufen und diese später zu kostendeckender Vermietung anbieten.

Gemeinnütziger Wohnraum ist knapp

In der Stadt herrscht Knappheit an günstigem Wohnraum. Mit der Annahme der Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» wurde die Stadt damit beauftragt, den Anteil an gemeinnützigem Wohnraum zu erhöhen. Innert 25 Jahren soll er von momentan 13,3 auf 16 Prozent gesteigert werden – dies entspricht rund 2300 zusätzlichen gemeinnützigen Wohnungen. Die klare Annahme unterstreicht das Unbehagen gegenüber der Tendenz ständig steigender Mietzinsen.

Mehr gemeinnützige Wohnungen

Nach einer Analyse der städtischen Areale bezüglich deren Eignung für den gemeinnützigen Wohnungsbau zeigte sich, dass in den nächsten zehn Jahren rund 1000 gemeinnützige Wohnungen auf städtischen Liegenschaften realisiert werden können. Wie die Realisierung der restlichen 1300 Wohnungen erreicht werden soll, bleibt fraglich.

Nutzen für die Allgemeinheit

Mehr gemeinnütziger Wohnraum ist ein Gewinn für die ganze Stadt: Der Zweck gemeinnütziger Wohngemeinschaften ist nicht, durch Vermietung Gewinne zu erzielen, sondern einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch das System der Vergleichsmieten sorgen sie dafür, dass in der gesamten Umgebung die Entwicklung der Mietzinsen gedämpft

wird. Sie sind nicht nur für die Bewohner und Bewohnerinnen ein Vorteil, sondern nützen der Allgemeinheit.

Stopp der Immobilienspekulation!

Gemeinnützige Wohngemeinschaften und -stiftungen entziehen Wohnraum als knappes Gut der Immobilienspekulation und stellen die soziale Durchmischung von Wohngebieten sicher. Damit wird den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung Rechnung getragen. Die 20 Mio. Franken sind also ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen Wohnraumpolitik, die allen statt einigen wenigen dient.

Gemeinnützige Gewerberäume

Gemeinnützige Gewerberäume sind Brutstätten für Start-up-Unternehmen und wirken sich daher positiv auf die Vielfältigkeit der Luzerner KMU-Betriebe aus.

Mit einem Ja zur Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume» werden somit auch unternehmerische Ideen gefördert und KMU-Betriebe längerfristig gestärkt. Damit das Kleingewerbe nicht weiter in die Agglomeration verdrängt wird, muss mehr gemeinnütziger Gewerberaum geschaffen werden.

Positives Beispiel PWG Zürich

Die Stadt Zürich hat im Jahre 1982 als Reaktion auf eine Volksinitiative die «Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich» (PWG) gegründet. Diese wurde mit einem Startkapital von 50 Mio. Franken ausgestattet. Bis heute kaufte die PWG über 170 Liegenschaften mit mehr als 1300 Wohnungen und 200 Gewerberäumen im Gesamtwert von über 450 Mio. Franken. Dieses Beispiel zeigt, dass Investitionen in gemeinnütziges Wohnen sich längerfristig auszahlen.

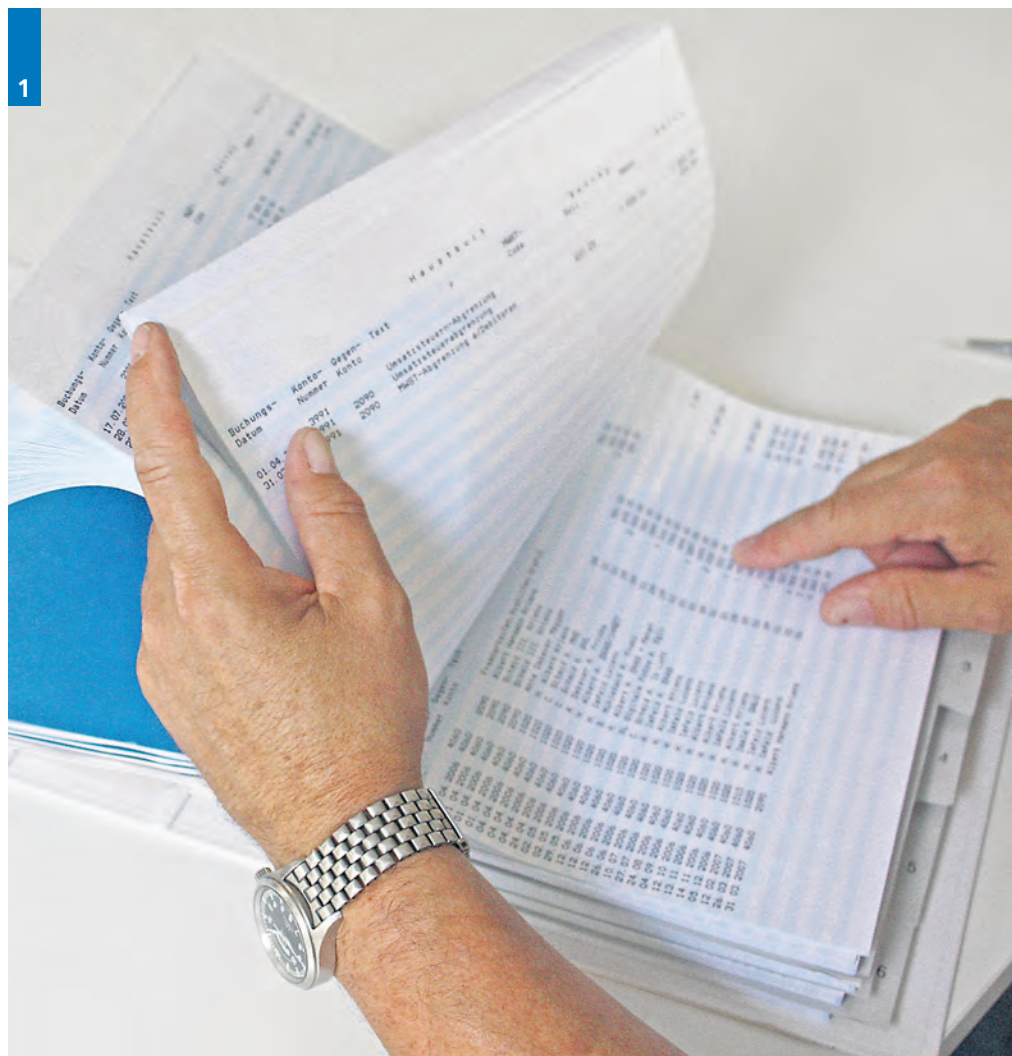
Gegenvorschlag greift zu wenig weit

Die Stadt hat das Problem des fehlenden Wohnraumes erkannt und stellt unserer Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser verlangt zwar ebenfalls eine Stärkung der GSW, geht jedoch zu wenig weit und kann lediglich den bisherigen Tätigkeitsbereich der GSW sicherstellen. Jetzt ist es an der Zeit, ein klares Zeichen für gemeinnützigen Wohnraum zu setzen.

Lebens- und Arbeitsraum für alle statt für wenige – Ja zur Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume».

MEHR FINANZKOMPETENZEN FÜR DEN STADTRAT

Wenn kein rechtsgültiger Voranschlag vorliegt, soll dies nicht zu Mehrkosten führen. Der Stadtrat soll in diesem Falle Ausgaben tätigen können, die aus wirtschaftlicher Sicht Sinn machen. Die Stimmberechtigten entscheiden am 9. Februar 2014.



Analog der Kantonsregelung

Das kantonale Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) ermächtigt den Regierungsrat, auch ohne verbindlichen Voranschlag die für die ordentliche und wirtschaftliche Staatstätigkeit unerlässlichen Ausgaben zu tätigen. In diesem Rahmen soll auch der Stadtrat handeln können: Auf Anfrage der Stadt hat das Amt für Gemeinden die Auffassung vertreten, dass der Spielraum ohne verbindlichen Voranschlag maximal analog der kantonalen Regelung ausgeweitet werden könne. Diese Kompetenz des Stadtrates müsse in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

Aus diesem Grund schlägt der Stadtrat vor, die Gemeindeordnung in Artikel 70 um Litera e zu ergänzen. Es geht darum, dass Ausgaben, die «für die ordentliche und wirtschaftliche Staatstätigkeit unerlässlich sind», auch ohne verbindlichen Voranschlag vom Stadtrat getätigt werden können. Der Begriff der Wirtschaftlichkeit, der neu in die Gemeindeordnung aufgenommen werden soll, wird in einem Reglement präzisiert werden.

Debatte im Grossen Stadtrat

Alle Fraktionen ausser der SVP (siehe «Darstellung parlamentarische Minderheit») befürworteten die Änderung der Gemeindeordnung. Die Änderung der Gemeindeordnung sei sinnvoll, weil sie die Handlungsfähigkeit der Stadt gewährleiste. Allerdings betonten auch alle Fraktionen, dass sie achtsam über die Ausarbeitung des Reglements wachen würden: Dort nämlich werde präzisiert, was unter «für die wirtschaftliche Staatstätigkeit unerlässliche Ausgaben» zu verstehen sei. Ein Budgetreferendum müsse auch in Zukunft

DC. Heute kann die Stadt ohne rechtsgültigen Voranschlag nur Mittel für die unerlässliche ordentliche Staatstätigkeit einsetzen. Die Einschränkung hat Nachteile, das zeigte sich 2012, als gegen den Voranschlag das Referendum ergriffen worden war. Die Beschränkung auf Ausgaben, die für die ordentliche Staatstätigkeit unerlässlich sind, führte zu Problemen insbesondere beim baulichen Unterhalt.

Mehrkosten vermeiden

Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass es nicht im Sinn eines Referendumskomitees oder der Gegnerinnen und Gegner eines Voranschlags sein kann, dass

durch eine Beschränkung auf die für die ordentliche Staatstätigkeit unerlässlichen Ausgaben die Wirtschaftlichkeit vernachlässigt wird und dies letztlich zu Mehrkosten führen kann.

Um dies zu vermeiden, will der Stadtrat den finanziellen Spielraum vergrössern: Analog der kantonalen Gesetzgebung soll die Stadt auch ohne verbindlich festgesetzten Voranschlag Ausgaben tätigen können, die für die ordentliche wie auch für die wirtschaftliche Staatstätigkeit unerlässlich sind. Mittel sollen also eingesetzt werden, wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht Sinn macht und dazu beiträgt, Mehrkosten zu vermeiden.

1 | Mit der Änderung von Artikel 70 der Gemeindeordnung soll die Finanzkompetenz des Stadtrates für den Fall des Budgetreferendums erweitert werden.

ein griffiges demokratisches Druckmittel bleiben. Hingegen müssten auch bei einem Referendum Ausgaben getätigt werden können, die aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll seien. Jede einzelne dieser Ausgaben müsste aber dereinst auf ihre Unerlässlichkeit hin geprüft und überzeugend begründet werden.

Den Gegnern der Änderung der Gemeindeordnung, der parlamentarischen Minderheit, entgegnet der Stadtrat wie folgt:

Stellungnahme Stadtrat

Der Stadtrat erachtet die Möglichkeit, für die wirtschaftliche Staatstätigkeit unerlässliche Ausgaben tätigen zu können, als sinnvoll, weil er dadurch bei einem noch nicht verbindlichen Voranschlag mehr Handlungsspielraum erhält. Die gleichen Befugnisse stehen auf kantonaler Ebene dem Regierungsrat bereits heute offen.

Die gegenwärtig geltende Beschränkung auf die ordentliche Staatstätigkeit verbietet Ausgaben, die aus wirtschaftlichen Gründen angezeigt wären, was letztlich zu Mehrkosten führen kann. Der Befürchtung schliesslich, der Begriff der Wirtschaftlichkeit könnte weit ausgelegt werden, wird dadurch Rechnung getragen, dass der Grosse Stadtrat diesen unbestimmten Begriff auf Stufe Reglement präzisieren wird.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, der Änderung der Gemeindeordnung (Grundlage für unerlässliche Ausgaben für die ordentliche und wirtschaftliche Staatstätigkeit bei noch nicht verbindlichem Voranschlag) zuzustimmen.

Darstellung parlamentarische Minderheit:

Mit der erfolgreichen Ergreifung eines Referendums gegen den Voranschlag der Stadt Luzern und der dadurch notwendigen Ansetzung einer Volksabstimmung nehmen mindestens 800 Stimmberechtigte ihr Volksrecht wahr, sich gegen die Steuerfussfestsetzung oder Ausgabenpolitik des Stadtrates zur Wehr zu setzen. Aber auch der Grosse Stadtrat hat die Kompetenz, einen unausgereiften Voranschlag an den Stadtrat zurückzuweisen oder abzulehnen. Es ist somit ein politisches Grundrecht der Stadt Luzern, dass das Parlament oder die Bevölkerung mit einem Referendum die Einsetzung eines genehmigten Voranschlages auf den 1. Januar eines Jahres ablehnen kann.

Die SVP ist sich auch bewusst, dass es nicht möglich und sinnvoll ist, ohne genehmigtes Budget am 1. Januar quasi die gesamte «Staats- und Verwaltungstätigkeit» einzustellen. So war es auch beim Referendum im Jahr 2012 der Stadt weiterhin möglich, Ausgaben für die ordentliche Staatstätigkeit zu tätigen. Der Stadtrat möchte nun mit der Anpassung in der Gemeindeordnung die Ausgabenermächtigung beim Fehlen eines genehmigten Voranschlages auch auf «Ausgaben für die wirtschaftliche Staatstätigkeit» ausweiten. Konkret begründet der Stadtrat diese Anpassung damit, dass «dem Stadtrat auch bei einem noch nicht verbindlichen Voranschlag mehr Handlungsspielraum gegeben wird, als dies heute der Fall ist».

Die SVP-Fraktion musste anlässlich der Kommissions- und der Parlamentsberatung jedoch feststellen, dass der Stadtrat nicht begründen konnte, weshalb seine Ausgabenkompetenz ohne genehmigten Voranschlag massiv ausgeweitet werden soll. Konkrete Beispiele, welche Ausgaben beim letzten Budgetreferendum mit der neuen Regelung zusätzlich

hätten getätigt werden können, nannte der Stadtrat keine. Der Begriff «wirtschaftliche Staatstätigkeit» ist sehr schwammig formuliert. Schon bei der Abwägung, ob es sich bei einer Ausgabe um eine «ordentliche Staatstätigkeit» handelt oder nicht, ist viel Spielraum gegeben. Ein Ermessensspielraum, welcher mit dem Begriff «wirtschaftliche Staatstätigkeit» noch weiter ausgeweitet wird. Zählt zum Beispiel die Führung eines Quartierbüros zur «ordentlichen Staatstätigkeit», oder wird dies als «wirtschaftliche Staatstätigkeit» definiert?

Die SVP vertritt die Ansicht, dass das parlamentarische Recht und sogar das Volksrecht, ein Budget an den Stadtrat zurückzuweisen, nicht durch eine schwammig formulierte Ausweitung der Ausgabenkompetenz verwässert werden darf. Mit der vorgeschlagenen Anpassung der Ausgabenkompetenz würde eine Ablehnung eines Voranschlages im Grossen Stadtrat oder das Ergreifen einer Referendumsabstimmung zur Makulatur, da die Ausgabenkompetenz trotz fehlendem bewilligtem Voranschlag nicht oder nur sehr marginal eingeschränkt würde.

Stimmen Sie deshalb **Nein** zur Erhöhung der Ausgabenkompetenz in der Gemeindeordnung.

MITDENKEN UND SICH ENGAGIEREN

Unterschreiben 200 Personen einen Bevölkerungsantrag, muss sich das Parlament mit ihrem Anliegen auseinandersetzen. Ob auch niedergelassene mündige Personen unterschreiben dürfen, darüber stimmt Luzern am 9. Februar 2014 ab.



1 | Durch die Ergänzung von Artikel 29 der Gemeindeordnung sollen auch niedergelassene mündige Personen ihre Anliegen dem Parlament unterbreiten können. Ein sogenannter Bevölkerungsantrag wird vom Grossen Stadtrat wie eine Motion oder ein Postulat eines Parlamentsmitglieds behandelt werden.

DC. Seit dem Jahr 2000 verfügen die Stimmberechtigten in der Stadt Luzern über die Volksmotion. Das Volksrecht wurde zusammen mit dem Vorstossrecht für das Kinder- und das Jugendparlament bei der Totalrevision der Gemeindeordnung eingeführt. Durch Überweisung eines parlamentarischen Vorstosses der G/JG-Fraktion wurde der Stadtrat beauftragt, das Motionsrecht auch auf Personen mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) auszudehnen.

Mitwirkungsrecht

Der Stadtrat will diesen Auftrag erfüllen, indem er die Volksmotion in einen Bevölkerungsantrag umwandelt. Der Bevölkerungsantrag würde im Grossen Stadtrat gleich behandelt werden wie eine Motion oder ein Postulat eines Parlamentsmitglieds.

Durch die Zuordnung des Bevölkerungsantrags in die Zuständigkeit des Parlaments gerät die Stadt nicht mit dem kantonalen Stimmrechtsgesetz in Konflikt.

Der Bevölkerungsantrag ist nämlich kein Volksrecht. Er stellt eine Erweiterung der Mitwirkungsrechte im Parlamentsbetrieb dar: Der Bevölkerungsantrag kann nicht nur von stimmberechtigten, sondern auch von niedergelassenen mündigen Personen initiiert und unterzeichnet werden.

Mehr Unterschriften

Der Stadtrat war der Ansicht, dass analog der Volksmotion 100 Unterschriften für einen Bevölkerungsantrag erforderlich sein sollten. Die vorberatende Geschäftsprüfungskommission sprach sich allerdings für eine Erhöhung auf 200 Unterschriften aus. Dies weil sich neu auch alle niedergelassenen mündigen Personen für einen Bevölkerungsantrag engagieren könnten und sich somit die Zahl der unterschreibsberechtigten Menschen erhöhe.

Debatte im Grossen Stadtrat

Die Parlamentsmehrheit unterstützte die Änderung der Gemeindeordnung und somit die

Erweiterung der Mitwirkungsrechte. Auch der Erhöhung der Unterschriftenzahl von 100 auf 200 stimmte die Mehrheit des Grossen Stadtrates zu.

Es wurde begrüsst, dass sich Menschen, die die Stadt Luzern zu ihrer neuen Heimat gemacht hätten, sich auch in und für dieses Gemeinwesen engagieren könnten.

Mit dem Bevölkerungsantrag würde die Veränderung der gesellschaftlichen Realität anerkannt: Menschen aus verschiedenen Ländern kämen nach Luzern und integrierten sich hier. Es gehe nicht darum, Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht, sondern die Möglichkeit zum Mitdenken und Mitwirken zu geben. Der Bevölkerungsantrag stehe der weltoffenen Stadt Luzern gut an, weil so Menschen einbezogen und nicht ausgegrenzt würden.

Die FDP- und die SVP-Fraktion sprachen sich gegen die vorgeschlagene Änderung der Gemeindeordnung aus (siehe «Darstel-

lung parlamentarische Minderheit»). Den Argumenten dieser parlamentarischen Minderheit entgegnet der Stadtrat wie folgt:

Stellungnahme Stadtrat

Der Stadtrat hat vom Parlament den Auftrag erhalten, die Volksmotion auch Personen mit C-Ausweis zugänglich zu machen. Um nicht in Konflikt mit dem übergeordneten Recht zu geraten, wurde eine neue Regelung notwendig: dies weil die Volksmotion ein Volksrecht ist und nur von Stimmberechtigten ergriffen werden kann. Der Bevölkerungsantrag hingegen ist als reines Mitwirkungsrecht im Parlamentsbetrieb ausgestaltet; er steht auch niedergelassenen mündigen Personen zur Verfügung.

Um einen allfälligen Abbau der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung zu verhindern, bleibt allerdings das bisherige Volksmotionsrecht bestehen, bis der Grosse Stadtrat das Bevölkerungsantragsrecht einräumt, und es lebt wieder auf, sollte der Bevölkerungsantrag aufgehoben werden.

Im Zuge dieser Neugestaltung wird auch das heute vorhandene Instrument erweitert bzw. die Behandlung vereinfacht. Ein Bevölkerungsantrag soll neu auch in der Form eines Postulats eingereicht bzw. bei fehlender Motionsfähigkeit als solches behandelt werden können. Mit dieser Vereinfachung wird verhindert, dass Anträge der Bevölkerung ans Parlament aus formalen Gründen für ungültig erklärt werden müssen.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, der Änderung der Gemeindeordnung (Erweiterung der Mitwirkungsrechte im Parlamentsbetrieb durch den Bevölkerungsantrag) zuzustimmen.

Darstellung parlamentarische Minderheit:

Nein zur Aufweichung des Bürgerrechts

Die Fraktionen der FDP und SVP empfehlen aus folgenden Gründen, die Anpassung der Gemeindeordnung und die Ausweitung der Mitwirkungsrechte von Personen mit C-Ausweisen abzulehnen:

Volksentscheid gilt es zu respektieren

Die kantonale Volksinitiative «Mit(be-)stimmen!» wollte mit einer Verfassungsänderung den Gemeinden die Möglichkeit geben, den niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten zu verleihen. Diese Volksinitiative wurde in der Volksabstimmung vom 27. November 2011 von den Stimmberechtigten des Kantons Luzern mit 84 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Auch in der Stadt Luzern wurde die Initiative mit 67 Prozent Nein-Stimmen deutlich abgelehnt.

Das Nein der Luzerner Bevölkerung gilt es zu respektieren. Wir sagen Nein zu einer Zwängerei und somit auch Nein zum Motionsrecht für Ausländer. Zudem muss befürchtet werden, dass bei einem Ja rasch weitergehende Forderungen gestellt werden.

Petitionsrecht ist vorhanden

Ausländerinnen und Ausländer haben bereits heute mit dem Petitionsrecht eine ausreichende Mitwirkungsmöglichkeit.

Nähe zu Politikern ist gegeben

Das Motionsrecht auf kantonaler Stufe wurde ebenfalls abgelehnt. Es wurde argumentiert, dass die Bevölkerung genügend Kontakte zu den Mitgliedern des Parlaments habe, um so ihre Anliegen einbringen zu können. Diese Begründung trifft auch für einen Motionswunsch von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt Luzern zu. Falls ihnen ein berechtigtes Anliegen

so stark unter den Nägeln brennt, lassen sich Parlamentarier finden, die ein Gehör dafür haben. Und wenn nicht, dann wäre die Motion im Parlament sowieso chancenlos.

Integration gelingt im nahen Umfeld

Die erfolgreiche Integration verläuft im nahen Umfeld – im Quartier, in der Schule und in Vereinen oder auch am Arbeitsplatz. Die politischen Rechte haben keinen direkten Einfluss auf eine gute Integration. Sie stehen am Ende des Integrationsprozesses und nicht am Anfang.

Das Schweizer Bürgerrecht als Zugang zur politischen Mitsprache

Das Schweizer Bürgerrecht und die damit verbundenen politischen Rechte haben einen hohen Wert. Politisch interessierte Ausländerinnen und Ausländer sollen sich voll integrieren – sprich das Bürgerrecht erwerben und somit alle Rechte und Pflichten unseres Landes übernehmen.

Aus diesen Gründen lehnen die Fraktionen der FDP und SVP die Idee, die Bürgerrechte auf Ausländerinnen und Ausländer auszuweiten, einstimmig ab und empfehlen daher, die Änderung der Gemeindeordnung abzulehnen.

EIN NEUES QUARTIER MITTEN IN DER STADT

Die Rösslimatt war einst ein Eldorado für Handwerker und Kleinbetriebe. Jetzt soll das Gebiet zwischen Bahnhof und Werkhofstrasse zu einem modernen städtischen Raum mit hochwertigen Nutzungen weiterentwickelt werden.



1

- 1 | Hat auf den ersten Blick nichts gemein mit der gängigen Postkartenidylle Luzerns: das Rösslimattquartier.
- 2 | Anna Schumacher verfolgt seit Jahrzehnten, wie sich ihr Quartier verändert. Wo einst Dampflokomotiven rangierten, soll künftig in der neuen Arbeitszone auch gewohnt und gefeiert werden.
- 3 | An den Rändern der Rösslimatt haben sich verschiedene Bildungsinstitutionen etabliert: die Hochschule für Soziale Arbeit bei der Werft (blaues Gebäude), die Universität mit der Pädagogischen Hochschule im ehemaligen Postbetriebsgebäude und die Hochschule für Wirtschaft im Bahnhof-Westtrakt.

Bahngleise, Firmen, Güterschuppen, Umladeplätze, Universität, SBB-Betriebsgebäude, Hochschulen, Hotel Radisson, moderne Wohnblöcke, extensiv genutzte Übergangszonen: Auf dem Balkon von Anna Schumacher, die seit bald 60 Jahren im gleichen Haus wohnt, geht der Blick über einen Stadtraum, der auf Anrieb nicht viel mit der gängigen Postkartenidylle Luzerns zu tun hat. Und doch schlägt hier der Puls einer Stadt, die nicht stehen bleiben will.

«Ach, es ist hier immer etwas laut gewesen, ich habe mich daran gewöhnt», lächelt Anna Schumacher. Im Gegenteil: Heutzutage sei der ganze Bahnbetrieb manchmal so ruhig, dass sie sich auch schon gefragt habe, ob etwas nicht stimme. Die 96-jährige Frau lebt seit 1958 im Haus an der Güterstrasse 7. Sie hat noch ein Quartier erlebt, wie es schon längst Geschichte ist. «Auf den Industrieleisen vor unserem Haus wurde lange Zeit mit Dampflokomotiven rangiert. Da sind wir immer gesprungen und haben die Fenster geschlossen, um uns vor

Lärm und Russ zu schützen.» Damals war die Rösslimatt ein Eldorado für Handwerker und Kleinbetriebe, die sich hinter den SBB-Gleisen bis zur heutigen Schüür und an die Werkhofstrasse ausdehnten. Da gab es Schreinereien, Garagen, Heizöl- und Kohlehandelsbetriebe, Transporteure, Altpapier- und Pferdehandel, Schrebergärten, ein grosses Boilergeschäft, eine Spenglerei, einen Steinmetz, ein Käsegeschäft. «In den 1960er-Jahren haben wir mal gegen 40 verschiedene Betriebe auf diesem Areal gezählt. Die paar Gebäude und

Hütten, die heute noch stehen, sind nur mehr ein Überbleibsel», sagt Anna Schumacher. Angetan hatte es ihr auch das Restaurant Warteck mit dem wunderbaren Garten und den Bäumen, vorne an der Ecke. «Es wäre sensationell, wenn es noch existieren würde.»

Dampf und Pferdestärke

Zu den grösseren Unternehmen zählten damals die Firma Pistor, die 1983 ihren Sitz nach Rothenburg verlegte, die Transportus AG mit einer riesigen Halle oder der Gemüse- und Obsthandel der Gebrüder Roelli AG, der heute noch am gleichen Ort betrieben wird. Auch die SGV – im Zeitalter der Dampfschiffe noch DGV genannt – hatte ihre Büros an der Güterstrasse. Der Güterverkehr der SBB war hoch im Gang. Tag und Nacht wurde ein- und ausgeladen, rangiert und transportiert. Anna Schumacher erinnert sich, wie die Firma Gmür noch mit zweispännigen Pferdefuhrwerken ihre Güter transportierte. «Einmal, es war während der Mäas, sind die Pferde durchgebrannt. Das war eine Aufregung. Aber mein Mann konnte sie glücklicherweise aufhalten.»

Das Gebiet Rösslimatt ist ein Areal, wie es typisch ist für eine Stadt im Umbruch. Hier wird Luzern in den nächsten 10 bis 20



2



Jahren einen grossen Schub Modernisierung erleben. Mit der Universität Luzern und der Pädagogischen Hochschule Luzern im ehemaligen Postbetriebsgebäude, der Hochschule für Wirtschaft im Bahnhof-Westtrakt und der Hochschule für Soziale Arbeit an der Werftstrasse haben sich gleich vier grosse Bildungsinstitutionen an den Rändern der Rösslimatt niedergelassen. Mit ihrer Personendichte bringen diese Schulen Leben ins Quartier.

Keineswegs ein Abstellgleis

Im engeren Gebiet der Rösslimatt ist im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik die betriebliche Geschäftigkeit und Vielfalt, wie sie Anna Schumacher während Jahrzehnten erlebte, deutlich geringer geworden. Das Quartier ist deswegen nicht aufs Abstellgleis gerückt. Der Veränderungsprozess ist schon länger eingeleitet. Mit dem Hotel Radisson und der Citybay-Überbauung hat der Aufbruch hinter den Gleisen auch ästhetisch-architektonisch eine klare Note gesetzt. In dieser Ecke des Quartiers ist Luzern so urban geworden wie kaum sonstwo.

Die grosse Veränderung wird in den nächsten 20 Jahren von der SBB als Grundeigentümerin zusammen mit der Stadt Luzern eingeleitet. Längerfristig soll auf einem fünf Hektaren grossen Areal der Kern der Rösslimatt überbaut werden. In einem ersten Schritt entsteht ein hochwer-

tiger Bürokomplex mit 20'000 Quadratmetern Dienstleistungsfläche entlang den Gleisen. Die heutigen Güterschuppen werden verschwinden, der Baubeginn ist Mitte 2016 geplant. In späteren Etappen sollen weitere Nutzungen dazukommen wie Wohnen, Gastronomie, Geschäfte, Kultur und Freizeit.

Für die SBB, die auch in anderen Städten ihre Bahnhofumgebungen neu belebt, gehört das Areal Rösslimatt «zu den wichtigsten städtischen Entwicklungsgebieten der nächsten Jahre» (Jürg Stöckli, Leiter SBB Immobilien). Ebenso wichtig ist dieser Entwicklungsschwerpunkt für die Stadt Luzern. «Wir können erstmals an zentraler Lage direkt am Bahnhof grosse und zusammenhängende Büroflächen anbieten und damit neue Firmen nach Luzern holen», sagt Stadtarchitekt Jürg Rehsteiner. Eine einzigartige Chance für Luzern, ein Projekt, das so an keinem anderen Ort in der Stadt verwirklicht werden könnte.

Lebhafter Stadtteil

Zum ändern freut sich Rehsteiner, dass die SBB auf diesem Areal im Einklang mit der Stadt mittelfristig eine gemischte Nutzung favorisiert. «Es wäre nicht ideal, wenn dort eine reine Bürowüste entstehen würde. Erst mit einer guten Mischung aus verschiedenen Nutzungen kann sich ein lebendiger Stadtteil entwickeln.» Diese Intention unter-

streicht auch SBB-Mediensprecher Reto Schärli: «Wir möchten eine gute Mischung von verschiedenen Nutzungen erreichen. Wie wir das in Luzern genau machen, ist noch offen. In der Zürcher Europaallee schaffen wir einen Mietermix, indem wir einige Ladenlokale Handwerkern und Kleinbetrieben aus dem Quartier anbieten. Diese bezahlen eine günstigere Miete, als dies mit Marktpreisen möglich wäre.»

Ein Haus bleibt

Bei aller Veränderung, etwas bleibt bestehen: Das Haus an der Güterstrasse 7 soll nicht abgerissen, sondern in die neue Überbauung integriert werden. «Ich konnte es zuerst gar nicht glauben», freut sich Anna Schumacher, die mit ihrer Familie in diesem Haus fast ihr ganzes Leben verbracht hat. «Ich habe nur gute Erinnerungen. Man hat gearbeitet von früh bis spät.» Sie und ihr Mann waren das Abwartpaar für die Firma Pistor. «Jeden Tag haben wir 23 Büros geputzt. Manchmal haben auch unsere Kinder noch mitgeholfen.»

Sie erinnert sich an die Wagenladungen mit Mandeln, Haselnüssen oder Kokos, die für Pistor angeliefert, dort sortiert, verpackt und an Bäckereien in der Schweiz ausgeliefert wurden. Bei der Firma Roelli habe man jeweils mit angepackt, Erdbeeren auszuladen. «Man hat einander geholfen, das ging Hand in Hand.» Zwei grosse Brände hat Anna Schumacher im Quartier erlebt. «Einmal brannte es bei der Firma Roelli, das war furchtbar. Bei der benachbarten Pistor ist beinahe die ganze Schokolade geschmolzen.»

Das alles ist lange her. Wie geht Anna Schumacher mit der erneuten Verwandlung des Quartiers um? Sie nimmt es gelassen. «Es wird wohl sein müssen, dass es diese Überbauung braucht. Es muss wieder ein Leben geben.» Sie lächelt. «Hoffentlich haben dann die Leute ebenso Spass und Freude, hier leben und arbeiten zu können, wie wir das immer gehabt haben.»

Pirmin Bossart
Freier Journalist

Städtebauliche Studie

Für die gestalterische Konzeption des Areals wurde ein Wettbewerb mit geladenen Architekturstudios durchgeführt. Den ersten Preis erzielte die städtebauliche Studie des Berner Architekten Rolf Mühlethaler. «Das Projekt macht klare Aussagen über das Verhältnis von Dichte und Freiraum», sagt Stadtarchitekt Jürg Rehsteiner. Berücksichtigt ist auch eine potenzielle Süd-Spange. Falls dereinst auf den Südzubringer verzichtet wird, würde im Herzen der Rösslimatt ein schmaler und eleganter Freiraum entstehen, der laut Rehsteiner «gut bespielt» werden könnte.

Merkpunkt

Die Überbauung besteht aus schlichten und quadratischen Blöcken. «Sie haben eine gute Robustheit, die sich selbstverständlich ins Stadtbild einfügen und vor allem je nach Entwicklung sehr flexibel genutzt werden können», kommentiert der Stadtarchitekt. Einen besonderen Akzent setzt ein einzelnes höheres Gebäude im zentralen Teil der Überbauung: Der Baukörper sorgt für ein urbanes Gepräge und könnte mit seinen rund 40 Metern Höhe einen guten Merkpunkt für das Quartier bilden. Laut Jury überzeugt das Konzept von Mühlethaler nicht zuletzt durch seine «simple, in Etappen realisierbare Umsetzung».

Arbeitszone

Das Entwickeln eines Bebauungs- oder Gestaltungsplans und eine etappierte Realisierung wurde in der neuen Bau- und Zonenordnung der Stadt Luzern für die neue «Arbeitszone» in der Rösslimatt vorgeschrieben.

GESUNDE KINDER LERNEN BESSER

Die Volksschule sorgt mit zahlreichen Projekten dafür, dass die Schulkinder eine gesunde Lebensweise entwickeln und pflegen.



1 | Pausenkiosk im Schulhaus Mariahilf: Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler verkaufen während der 10-Uhr-Pause gesunde Snacks zu fairen Preisen.

2 | Im Neubau werden die Betreuung sowie die beiden Kindergärten des Schulhauses Felsberg untergebracht.

DG. Die Förderung der gesunden Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gehört zum Grundauftrag der Schule. Um diesen Auftrag zu erfüllen, sorgen die Lehrpersonen dafür, dass sich die Lernenden viel bewegen und gesund ernähren. Damit schlechte Ernährungsgewohnheiten gar nicht erst aufkommen, wird im Unterricht und in Projekten über gesunde Lebensmittel und deren Zubereitung informiert.

Purzelbaum

Zur Vorbeugung setzen Schulen während des ganzen Jahres auf die Förderung und Pflege eines gesunden Lebensstils, unter anderem zur Stärkung des Immunsystems. Im Klassenzimmer

praktizieren Lehrpersonen gesundheitsfördernde Unterrichtsformen, indem sie beispielsweise auf die Ausgewogenheit von sitzenden und stehenden Tätigkeiten achten, Lernsequenzen mit spielerischen Tätigkeiten ergänzen und in Pausen die sozialen Kontakte pflegen. In diesem Schuljahr wurde das Projekt Purzelbaum gestartet, an dem 18 Kindergärten und Basisstufen im Kanton Luzern mitmachen. Für die Kinder ist es am Anfang ihrer Schullaufbahn nicht einfach, ruhig zu sitzen. Das Projekt ermöglicht es den Kindern, auch im Kindergarten den natürlichen Bewegungsdrang auszuleben.

Die Räume werden so eingerichtet, dass regelmässige Bewe-

gung gefördert wird. Zudem wird eine ausgewogene Zwischenverpflegung angeboten und die Zusammenarbeit mit den Eltern gefördert. Sie erhalten zum Beispiel Tipps, wie sie ihre Kinder zu mehr Bewegung im Alltag animieren können.

Pausenkiosk

Ein bewährtes Schulprojekt ist der Pausenkiosk. Sekundarschulen bieten in den Pausen im selber geführten Kiosk gesunde Snacks an. Zur Auswahl stehen frische, saisonale Früchte, Gemüsebrötli, Reiswaffeln und Brainfood wie Nüsse, Rosinen und Dörnbrühe. Der Pausenkiosk wird klassenweise betrieben. Die Schülerinnen und Schüler kaufen die Lebensmittel ein, bereiten sie zu und verkaufen sie zu fairen Preisen den Mitschülerinnen und Mitschülern.

Bewegte Schule

Ein weiteres Projekt ist die Bewegte Schule. Die Lehrpersonen erhalten eine Sammlung von Entspannungs-, Konzentrations- und Geschicklichkeitsübungen in Form eines Kartensets. Die Übungen können jeweils für 3 bis 10 Minuten ohne grosse Vorbereitung in den Unterricht aller Fächer eingebaut werden.

Angebote der Volksschule

Einen wichtigen Beitrag für die gesunde Entwicklung leisten die schuleigenen Dienste Schulpsychologie, Logopädie, Psychomotorik und Schulsozialarbeit. Ihre Dienste können Eltern, Lernende und Mitarbeitende der Schule in Anspruch nehmen. Sie unterstützen die Kinder und Personen ihres Umfeldes im Umgang mit problematischen Entwicklungen und versuchen, diese zu mindern. Sie wirken zudem präventiv, damit Entwicklungen positiv verlaufen.

MODERNE RÄUME FÜR 65-JÄHRIGES SCHULHAUS

Die Schulanlage Felsberg wird von Anfang 2014 bis Ende 2015 saniert und erweitert.

UD. Im März 2013 haben die Luzerner Stimmberechtigten einen Kredit von knapp 19 Mio. Franken für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Felsberg bewilligt. Damit kann die 65-jährige Schulanlage, die Ende Oktober 2013 in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden ist, auf einen zeitgemässen, den modernen Lernmethoden angepassten Stand gebracht werden. So ist zum Beispiel vorgesehen, in den drei Pavillons Gruppenräume einzurichten.



Mammutbäume schützen

Die Schulanlage wird in ihrer Struktur erhalten und restauratorisch saniert. Für die Betreuung sowie für die beiden Kindergärten wird ein Neubau erstellt. Bereits im Dezember 2013 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen. Zurzeit werden der Installationsplatz eingerichtet und Massnahmen zum Schutz der Mammutbäume umgesetzt. Im Februar 2014 wird als Erstes das Haus an der Felsbergstrasse 18 ab-

gerissen, das seit 2011 leer steht und in dessen Anbau einer der beiden Kindergärten untergebracht ist.

Grosse Zügelaktion

Danach wird mit dem Neubau begonnen, da dieser später als provisorischer Schulraum genutzt wird. Die fünften und sechsten Klassen müssen ab Sommer 2014 in eines der benachbarten Schulhäuser Utenberg oder Mai-

hof umziehen, da der erste Pavillon saniert wird.

Im März 2015 dürfte die erste Bauetappe abgeschlossen sein. Danach gibt es eine grosse Zügelaktion, damit auch die anderen beiden Pavillons und der Singsaal saniert werden können. Die Turnhalle wird während des Schuljahrs 2014/2015 saniert. Läuft alles nach Plan, können die Bauarbeiten im Dezember 2015 abgeschlossen werden.

Ferienbetreuung

Die nächste Ferienbetreuung findet während der Fasnachtsferien vom 24. Februar bis 7. März 2014 in den Schulhäusern Wartegg und Littau Dorf statt. Die von der Volksschule Luzern organisierte Ferienbetreuung bietet ein spannendes und unterhaltsames Ganztagesprogramm. Anmeldeabschluss ist der 28. Januar 2014. Anmeldeformulare für die Ferienbetreuung und auch für die Betreuung während der Schulwochen können beim Rektorat der Volksschule Luzern oder an einem Betreuungsstandort bezogen oder auf der Internetseite www.volksschule.stadt.luzern.ch heruntergeladen werden.

Kurszentrum für Dentalassistentinnen

Die Räumlichkeiten an der Industriestrasse 6, in denen sich die Kinder- und Jugendzahnklinik der Stadt Luzern bis zum 31. Juli 2013 befunden hat, werden seit Dezember 2013 an den Verein Überbetriebliches Kurszentrum Zentralschweiz für Dentalassistentinnen und Dentalassistenten vermietet.

Schulergänzende Betreuung

Im Herbst 2012 haben Stadtrat und Parlament entschieden, das familienergänzende Betreuungsangebot der Volksschule in Etappen auszubauen. Seit Schuljahresbeginn 2013/2014 werden in der Stadt Luzern 941 von den 4306 Kindergarten- und Primarschulkindern während der Schulwochen ergänzend betreut. Das sind 200 Kinder mehr als vor einem Jahr.

Bereits seit Spätherbst 2012 werden in den Schulen Ruopigen, Grenzhof/Rönnimoos und St. Karli täglich 30 Kinder mehr betreut. In Littau Dorf sind die Kinder nach Umbauarbeiten im Frühling 2013 in die Räume des ehemaligen Restaurants Matt eingezogen. Auch im Schulhaus Wartegg konnte das Angebot erweitert werden. In der ehemaligen Schulmaterialzentrale im Schulhaus Säli entstand das Betreuungsangebot Säli 2, das täglich von 20 bis 30 Kindern

genutzt wird. Im Schulhaus Mariahilf wird die ehemalige Begabtenwerkstatt an der Museggstrasse 19 für die Betreuung bereitgestellt. Die Kinder werden bis Anfang 2014 in einem Provisorium in einem Klassenzimmer betreut. Über der Turnhalle der Schule Fluhmühle entsteht zurzeit das Betreuungsangebot für die Kinder der Kindergärten und Primarschule Fluhmühle. Sie können die neuen Räume Mitte März 2014 beziehen.

«UNSER CREDO WAR: WIR GEGEN DIE STADT!»

Er hat den Stadtoberen schon als Dreikäsehoch die Meinung gesagt. Und durfte Hillary Clinton die Hand schütteln. Heute ist Mathis Pfäffli dreissig – und denkt amüsiert an seine Zeit als erster Präsident des Luzerner Kinderparlaments zurück.



1 | Mathis Pfäffli, erster Präsident des Kinderparlaments, kommt immer wieder gerne ins «gemütliche» Luzern. Er wohnt und arbeitet heute als freischaffender Grafikdesigner in Zürich.

Obwohl ihr eigentlich überhaupt nicht danach war, trat Hillary Clinton am 31. Januar 1998 im Luzerner Rathaus mit einem strahlenden Lächeln vor die Kameralleute und Fotografen. An ihrer Seite ein Heer von Bodyguards, unzählige Assistenten – und ein hochaufgeschossener 15-Jähriger aus dem Wey-Quartier: Mathis Pfäffli. «Es war wie in einem Hollywood-Film», erinnert sich der heute 30-Jährige. «Überall Leibwächter im XXL-Format, überall wachsame Augen, überall Knöpfe und Kabel in den Ohren.

Ich habe mich ständig gefragt, wer im Saal wohl alles eine Pistole trägt.» Während 14 Tagen war der junge Mann auf diesen grossen Momentvorbereitet worden. Und so spulte er das Programm gekonnt ab. Ohne Pannen. «Ich glaube, Hillary Clinton war in jenem Moment angesichts der Umstände weit nervöser als ich», lacht Mathis Pfäffli.

Die Affäre Lewinsky

In seiner Funktion als Ratspräsident war es dem aufgeweckten Sekundarschüler an diesem

Samstagnachmittag vergönnt, Amerikas First Lady in die Gepflogenheiten des Luzerner Kinderparlaments einzuführen, währenddem Ehemann Bill ennet dem grossen Teich zur gleichen Zeit gerade Blut schwitzte, weil seine Affäre mit der Praktikantin Monica Lewinsky publik geworden war und er sich angesichts deren seines Amtes nicht mehr sicher sein konnte. «Natürlich wussten wir alle davon, das war ja schliesslich das Thema Nummer 1 in den Zeitungen», schmunzelt Pfäffli. «Aber man hatte uns

im Vorfeld des Treffens immer und immer wieder eingeblät: KEINE FRAGEN ZUR AFFÄRE LEWINSKY AN FRAU CLINTON!!!» Also hielten sich der Ratspräsident wie auch das Parlament brav an die Ordervon oben. «Auch wenn es manch einen von uns fast zerriss vor Gwunder, wie diese prominente Frau mit dem Fehltritt ihres mächtigen Gatten umgehen würde.»

Mechanismen der Politik

Macht und Machen, Takt und Taktik: Immer wieder waren und sind diese Punkte Thema im Kinderparlament der Stadt Luzern, das im November 1993 durch die Einberufung einer «Kinderkonferenz» initiiert worden ist. Das Wort wird nach wie vor strikte durch Zuwerfen eines Plüschaffen erteilt. «Beim Besuch von Frau Clinton war das nicht anders: Sie durfte reden, wenn sie den Affen hatte», erzählt Mathis Pfäffli, «und deshalb wurde das Tier von den Sicherheitsleuten ganz genau unter die Lupe genommen – hätt ja werweisswas drin sein können!»

An seine Zeit im Kinderparlament denkt der Sohn einer Philosophin und eines Künstlers gerne zurück. «Obwohl wir ja alle erst um die 14 Jahre alt waren, machte sich unter uns so etwas wie eine revolutionäre Stimmung breit», schmunzelt Pfäffli, «plötzlich konnten wir Kinder uns direkt bei den zuständigen Stellen Gehör verschaffen und den Beamten und Politikern unsere Meinung sagen.» Er stockt und senkt seine Stimme. «Ich weiss nicht, ob man das an dieser Stelle sagen darf, unser Credo lautete nämlich fast immer: wir gegen die Stadt!» Damals hätten im Kinderparlament Kinder gesessen, in deren Elternhaus eher links politisiert wurde. Beispielsweise war David Roth, heute Präsident der JUSO

Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz, einer von Pfäfflis Kinderparlamentskollegen. Aber auch Maurus Zeier, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, hat seine Sporen im Luzerner Kinderparlament abverdient.

Vom Pfader zum Präsidenten

Wie genau er zu seinem Amt gekommen ist, das weiss Mathis Pfäffli heute nicht mehr. «Vielleicht wurde ich demokratisch gewählt. Kann aber auch sein, dass man mich zum Präsi bestimmt hat, weil ich Pfader gewesen bin und damit über ein gewisses Mass an Führungserfahrung verfügt habe.» Woran er sich allerdings noch gut erinnern kann, das sind die Rechtfertigungsversuche der Zuständigen, wenn dieses oder jenes nicht nach dem Gusto der Kids hat umgesetzt werden können. «Dann wurden aus gestandenen und beredten Politikern ganz plötzlich verschüchterte Referenten.» Was eigentlich logisch sei, es sei schliesslich einfacher, einem politischen Gegner die Meinung zu sagen als eine versammelte Kinderschar zu enttäuschen.

Nach Auslandsaufenthalten in Hamburg, Wien und Leipzig ist Mathis Pfäffli vor vier Jahren in Zürich gelandet. Hier hat er sich eine Existenz als freischaffender Grafikdesigner aufgebaut. Und feiert zusammen mit seinem Bruder Felix internationale Erfolge. Luzern ist für ihn immer noch wichtig. Leben oder arbeiten allerdings möchte er nicht mehr an der Reuss. «Ich brauche die Herausforderung, die Begegnung und die Auseinandersetzung mit dem Neuen, um weiterzukommen und zufrieden zu sein. In Luzern, wo ich so viele Leute und Orte kenne, ist dies nicht mehr möglich. Die Stadt ist mir zu klein und irgendwie halt auch zu gemüt-

lich.» Wieder schmunzelt er und sieht durchaus Parallelen zwischen heute und gestern, als er im Kinderparlament gesessen hat. Gleich busweise sei das Gremium damals durch die Stadt gefahren worden, immer auf der Suche nach Verbesserungspotenzial im Verkehr, auf den Spielplätzen, im ganzen kindlichen Lebensraum. «Wenn wir dann einmal ein Anliegen bei denen durchgebracht haben, die das Sagen hatten, dann ging es mit der Umsetzung in den Augen von uns Kindern doch eher bedächtig voran. Halt so ganz und gar nicht, wie uns das vorschwebte.»

Wünsche umsetzen

Zwanzig Jahre später kennt Mathis Pfäffli die Mechanismen gut genug, welche die Mühlen der Behörden antreiben oder manchmal eben auch bremsen, um Milde walten zu lassen. «Im Grossen und Ganzen war es ja schon eine tolle Sache, und ich glaube, dass in der Stadt vieles angeschoben worden ist, was ohne Kinderparlament nicht möglich gewesen wäre.» Er denkt da sowohl an direkte Massnahmen wie die Aufwertung von Spielplätzen als auch an indirekte Folgen wie kulturelle Events oder das «Radio 3FACH», in dessen Reihen sich einige ehemalige Kinderparlamentarier finden. Für Mathis Pfäffli, den ersten Präsidenten des Kinderparlamentes, ist jedenfalls klar: «Die Kinder und deren Anliegen sind mit der Initiierung des Kinderparlamentes in der Stadt Luzern zu einem vollwertigen Thema geworden.»

Flavian Cajacob

Freier Journalist

1. Kinderkonferenz 1993

50 Kinder hat Initiator Walti Mathis im November 1993 zur ersten Kinderkonferenz erwartet. Gekommen sind 400! Von einem Thron herab äusserten diese ihre Wünsche an die Stadtobere. Daraus entstanden ist das Kinderparlament der Stadt Luzern. Im November wurde das 20-Jahr-Jubiläum der Kinderpartizipation in der Stadt Luzern gefeiert.

Kinderparlament

Im Kinderparlament setzen sich regelmässig rund 100 Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren für ihre Rechte und Anliegen ein. Mitglied kann jedes Kind aus der Stadt Luzern werden.

Das Kinderparlament trifft sich mehrmals jährlich zu seinen Sessionen. Dort wird über aktuelle Themen diskutiert, werden Wahlen durchgeführt oder der «Goldene Lollipop» für kinderfreundliche und die «Saure Zitrone» für kinderfeindliche Massnahmen verliehen. Aus der Session gehen die Anträge an den Stadtrat und das städtische Parlament.

Finanzierung

Das Kinderparlament wird von der Stadt Luzern finanziert. Es erhält im Jahr 20'000 Franken. Das Finanzteam, bestehend aus Kindern, erstellt Ende Jahr die Jahresrechnung und verwaltet das Budget. Dieses muss von der Session bewilligt werden. Das Finanzinspektorat überprüft die Jahresrechnung. Seit 1998 hat die Stadt Luzern zudem ein Jugendparlament.

PILOTPROJEKT «HOTSPOT» AUF DEM STRASSENSTRICH

Strassenprostitution findet im abgelegenen Gewerbegebiet Ibach statt. Im Auftrag des Parlaments wird dort ein Beratungsangebot für Sexarbeiterinnen geprüft.



1

MB. Seit Mitte 2012 ist in der Stadt Luzern das Anbieten und Nachfragen nach käuflichem Sex in Wohngebieten verboten. Die Situation in den Wohnquartieren hat sich dank der Umsetzung dieses Reglements rasch verbessert. Vor allem das Tribschenquartier ist kaum mehr durch die negativen Auswirkungen belastet. Die Strassenprostitution wurde vermehrt in die Peripherie verdrängt.

Abgelegen und kalt

Die Strassenprostitution findet heute vor allem im Gewerbe-

gebiet Ibach statt. Um die negativen Auswirkungen für die ansässigen Gewerbetreibenden und deren Angestellte zu reduzieren, hat die Stadt eine mobile WC-Anlage installiert und lässt das ganze Gelände täglich reinigen. Zudem ist die Luzerner Polizei jede Nacht mehrmals vor Ort präsent und sorgt wenn nötig für Ruhe und Ordnung.

Am abgelegenen Standort im Ibach sind die Sexarbeiterinnen Risiken und der winterlichen Kälte ausgesetzt. Die soziale Kontrolle der Öffentlichkeit fehlt fast gänzlich, ebenso die Möglichkeit, im Notfall Hilfe von Passanten oder Anwohnerschaft zu holen.

Unterstützung vor Ort

Während sich die Situation für die Wohnbevölkerung der Stadt Luzern verbessert hat, hat sie sich für die Frauen durch den abgelegenen Standort verschlechtert. Das städtische Parlament hat deshalb dem Stadtrat den Auftrag gegeben, Massnahmen zu prüfen, um den Schutz der Sexarbeiterinnen sicherzustellen. Der Stadtrat will diesen Auftrag nun in Form eines Betreuungsangebots für Sexarbeiterinnen erfüllen: In

einem geheizten Container vor Ort können sich die Prostituierten über gesundheitliche und rechtliche Fragen informieren lassen und sich in der kalten Jahreszeit aufwärmen. Hier erhalten die Sexarbeiterinnen Unterstützung von Beraterinnen. Durchgeführt wird das Beratungsangebot vom Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeitenden (LISA), unterstützt wird «hotspot» von Stadt und Kanton Luzern und dem Bund.

Zum Container haben nur die Beraterinnen und die Sexarbeiterinnen Zutritt. Es ist ein neutraler Ort weg von den Störungen der Strasse, an dem vertiefte Gespräche stattfinden können.

Pilotversuch

Das befristete Pilotprojekt dauert voraussichtlich 18 Monate. Das Ziel des Pilotversuches ist es, die Situation der Sexarbeiterinnen durch Information und Vermittlung von weitergehenden Hilfsangeboten zu verbessern. Fünf fachlich ausgewiesene Beraterinnen engagieren sich ehrenamtlich für das Projekt. Sie werden unterstützt von zwei professionellen Dolmetscherinnen.

ÖFFNUNGSZEITEN DER STADTVERWALTUNG

Die Stadtverwaltung bleibt vom 24. bis 26. Dezember 2013 sowie vom 31. Dezember 2013 bis und mit 2. Januar 2014 geschlossen. An allen anderen Tagen gelten die üblichen Öffnungszeiten.

Regionales Zivilstandsamt

Das Regionale Zivilstandsamt ist für die Anmeldung von Todesfällen und die Vereinbarung von Bestattungsterminen am 24. und 31. Dezember 2013 jeweils von 8 bis 12 Uhr geöffnet und unter Telefon 041 208 82 32 erreichbar. An

diesen beiden Tagen bleibt der Eingang zum Regionalen Zivilstandsamt an der Obergrundstrasse 1 geschlossen. Die Angehörigen werden gebeten, den Eingang der Luzerner Polizei am Hirschengraben 17a zu benutzen und sich am Schalter zu melden.

Bibliotheken

Die Stadtbibliothek ist am 24. und 31. Dezember jeweils von 10 bis 14 Uhr geöffnet. Die Bibliothek Ruopigen bleibt vom 24. Dezember bis 2. Januar geschlossen.

MARKTPLATZ 60PLUS

Am Samstag, 17. Mai 2014, findet in der Kornschütte der Stadt Luzern der zweite Marktplatz 60plus statt. Es ist ein Umschlagplatz für Ideen, Projekte und Begegnungen für Menschen im Pensionsalter. Institutionen, die Freiwillige suchen und sich am Marktplatz 60plus präsentieren möchten, können sich bis Ende Januar 2014 anmelden.

Kontakt und weitere Informationen:

beat.buehlmann@stadtluzern.ch

www.luzern60plus.ch

1 | Paolo Hendry (links) von der städtischen Sozialdirektion und Birgitte Snefstrup vom Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeitenden (LISA) machen sich vor Ort ein Bild. Hier wird bald ein Container stehen, in dem die Sexarbeiterinnen Beratung erhalten. Foto: Eveline Zimmermann

2 | Nach intensivem Austausch mit allen Beteiligten rund um die Industriestrasse soll nun die Ausschreibung gemacht und eine Wohnbaugenossenschaft für die Bebauung des Areals gefunden werden. Foto: Urs Dossenbach

GÜNSTIGE WOHNUNGEN UND GEWERBERÄUME

Trotz Uneinigkeit in vielen Punkten: Aus Sicht des Stadtrates hat sich der partizipative Prozess zur Industriestrasse gelohnt.

UD. Im September 2012 haben die Stimmberechtigten der Stadt Luzern die Initiative «Ja zu einer lebendigen Industriestrasse» angenommen. Damit ist die Stadt verpflichtet, ihr Areal einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft im Baurecht abzugeben. Da die Vorstellungen über die Umsetzung der Initiative sehr unterschiedlich sind, hat der Stadtrat einen partizipativen Prozess gestartet. Er hat dazu die Initiantinnen und Initianten, die Nachbarn sowie Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen des Grossen Stadtrates, des Quartiervereins, der Kultur und des Gewerbes eingeladen.

Konsens und Dissens

Ziel des partizipativen Prozesses war es, Rahmenbedingungen für die Ausschreibung zu definieren, mit der ein geeigneter Wohnbauträger gefunden werden soll. Dazu wurden die unterschiedlichen Vorstellungen diskutiert und gemeinsam Anforderungen an eine Trägerschaft und an das Bauprojekt formuliert. Der partizipative

Prozess wurde von der Hochschule Luzern im Auftrag der Stadt Luzern durchgeführt.

Von März bis September 2013 fanden Vorgespräche sowie drei Veranstaltungen statt. Die am Prozess Beteiligten waren sich einig, dass auf dem Areal Industriestrasse ein Wohnungsmix mit Familienwohnungen entstehen soll. Es sollen preisgünstige Wohnungen, flexible Dienstleistungs- und Gewerbeflächen sowie Ateliers und Wohnateliers angeboten werden, in denen zum Teil auch das heutige Kleingewerbe seinen Platz findet. Zumindest ein Teil der Aussenräume soll als Begegnungsorte für das Quartier gestaltet werden.

Es gab aber auch viele Punkte, in denen kein Konsens gefunden wurde. So bestehen unterschiedliche Vorstellungen, wie hoch der Anteil an besonders günstigen Wohnungen sein und welcher maximale Mietpreis vorgegeben werden soll. Auch bei der Frage, ob das Käselager an der Industriestrasse 9 langfristig erhalten werden soll, konnte keine Einigung

erzielt werden. Zudem gibt es Kräfte, die auch die Porzellanfabrik erhalten möchten.

Wertvolle Diskussionen

Aus Sicht des Stadtrates hat sich der partizipative Prozess gelohnt. Die Anliegen und Argumente konnten platziert werden. Die Diskussionen waren wertvoll. Das Verständnis für die anderen Meinungen konnte erhöht werden. Es hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, die Rollen und den Grad der Partizipation zu klären. So kann vermieden werden, dass falsche Erwartungen entstehen und die Teilnehmenden vom Prozess enttäuscht werden.

Der Stadtrat wird den Schlussbericht der Hochschule nun analysieren und die Unterlagen für die Ausschreibung vorbereiten, mit der eine Wohnbaugenossenschaft ermittelt werden soll. Danach werden die Baurechtsverträge ausgearbeitet, über die der Grosse Stadtrat entscheiden wird.

Mehr Informationen:

www.industriestrasse.stadt Luzern.ch

Bahnhofstrasse:

Mitwirkung

Auch bei der Umsetzung der Initiative «Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern» gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Deshalb hat die Stadt auch hier eine Mitwirkung gestartet. Die im September 2013 angenommene Initiative verlangt, dass unverzüglich mit der Projektierung einer attraktiven, wenn immer möglich autofreien Bahnhofstrasse begonnen wird.

Infoveranstaltung

Die Stadt hat im Oktober 2013 eine erste Veranstaltung durchgeführt, an der über den Projektlauf und die Mitwirkungsmöglichkeiten informiert wurde. Eingeladen waren die Grundeigentümerinnen und Geschäftsbesitzer rund um die Bahnhofstrasse und den Theaterplatz sowie Interessengemeinschaften und Organisationen aus den Bereichen Verkehr, Tourismus, Gewerbe, Wirtschaft und Quartierleben.

Zwei Workshops

Ziel ist es, im ersten Quartal 2014 mit den Beteiligten an einem Workshop Rahmenbedingungen für ein mögliches künftiges Verkehrsregime und neue Nutzungen an der Bahnhofstrasse und auf dem Theaterplatz zu diskutieren. In einem zweiten Workshop im Sommer 2014 wird das zukünftige Verkehrsregime mit allen Beteiligten diskutiert.

Wettbewerb

Die Ergebnisse dieser Workshops werden helfen, gute Grundlagen für die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse und des Theaterplatzes zu erarbeiten.



MALEREI UND INSTALLATIONEN

Vom 14. bis 29. Dezember 2013 zeigt die Kornschütte Luzern die Ausstellung «es bewegt sich» von André Wilhelm und Mimi von Moos.



Zurzeit sind in der Kornschütte Luzern Malerei, Skulpturen und neu entworfene Couture-Stoffe von André Wilhelm und eine Rauminstallation von Mimi von Moos zu sehen. Die Ausstellung mit dem Titel «es bewegt sich» kann noch bis zum 29. Dezember besucht werden.

Die erste Kornschütte-Ausstellung im neuen Jahr ist dem Reussbühler Maler Joseph Beuret

(1926–2009) gewidmet. Parallel dazu gibt das Kunst- und Kulturzentrum Littau-Luzern einen Einblick in den künstlerischen Nachlass des Malers.

Ausstellungen in der Kornschütte:

14.–29. Dezember 2013
André Wilhelm/Mimi von Moos
10.–26. Januar 2014
Joseph Beuret (1926–2009)
Kornmarkt 3, Luzern

COMIC-STIPENDIEN

Fünf Schweizer Städte vergeben 2014 erstmals gemeinsam Comic-Stipendien. Die Vergabe findet anlässlich des Comic-Festivals «Fumetto» in Luzern statt.



Die Städte Bern, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich haben im Rahmen eines Pilotprojektes gemeinsam Comic-Stipendien ausgeschrieben. Im Vordergrund steht die Förderung von Comic-Schaffenden. Gleichzeitig soll ein breiteres Publikum für das Medium Comic als innovative Kunstform sensibilisiert werden. Das Pilotprojekt ist auf drei Jahre ausgelegt und in das grösste Deutschschweizer Comic-Festi-

val eingebettet: Die Stipendien werden anlässlich von Fumetto – Internationales Comix-Festival Luzern vergeben. «Fumetto» findet vom 5. bis 13. April 2014 statt.

Klassisch bis experimentell

Vergeben werden ein Hauptstipendium (30'000 Franken) und ein Förderstipendium (15'000 Franken). Am Wettbewerb können Autorinnen und Zeichner teilnehmen, die mit klassischen

oder auch experimentellen Formen des Mediums Comic arbeiten. Sie müssen zudem die Voraussetzungen für Förderbeiträge der jeweiligen Städte erfüllen.

Weitere Angaben zur Ausschreibung und ein Bewerbungsformular finden sich auf der Website der Stadt Luzern. Eingabeschluss ist der 31. Januar 2014.

Weitere Informationen:

www.kultur.stadtluzern.ch

KARTON EINFACH ENTSORGEN

Ab 1. Januar 2014 dürfen die Kartonabfälle wieder in offenen Kartonschachteln bereitgestellt werden.

Kartonabfälle müssen ab 1. Januar 2014 nicht mehr unbedingt gebündelt, sondern dürfen bis auf Weiteres wieder in Kartonschachteln bereitgestellt werden. Die offenen Kartonschachteln dürfen aber nicht grösser als 80×80 Zentimeter sein. In der Stadt Luzern werden Kehricht, Sperr-

gut, Grünabfall, Papier, Karton und Altmetall durch das Strasseninspektorat eingesammelt.

Helfen Sie mit!

Karton wird teilweise auch von Jugendorganisationen abgeholt. Die Grünabfälle werden mit Unterstützung der IG Arbeit ein-

gesammelt. Dank korrektem Separieren, Entsorgen und Bereitstellen der Abfälle können Sie die Mitarbeitenden des Strasseninspektorats ganz erheblich bei ihren Aufgaben unterstützt werden.

Weitere Informationen:

www.real-luzern.ch

1 | Ausschnitt aus André Wilhelms «Am Lago Maggiore», 2011

2 | Bild aus Tu Tse-Weis Comic «The Gift», 1. Platz am Fumetto-Wettbewerb 2013

3 | Sempacherstrasse: Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden die Schrägparkplätze durch Längsparkplätze ersetzt.

WENIGER PARKPLÄTZE, MEHR SICHERHEIT

Die Planung für die Gesamterneuerung Hirschmatt ist abgeschlossen. Das Projekt liegt im Dezember öffentlich auf. Ende Januar entscheidet der Grosse Stadtrat über die Kredite.



UD. 2015 und 2016 werden im Hirschmattquartier in mehreren Strassen die Werkleitungen für Wasser, Abwasser, Strom und Gas saniert. Gleichzeitig werden die Cablecom- und Swisscom-Leitungen erneuert und das Glasfasernetz eingebaut. Das Projekt wird gemeinsam von der Stadt und ewl Energie Wasser Luzern geplant und umgesetzt.

Quartier aufwerten

Der Stadtrat will die Chance nutzen, gleichzeitig die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verbessern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das Quartier behindertengerecht zu gestalten. Dazu beantragt er beim Parlament einen Kredit von 7,5 Mio. Franken.

Ende Januar 2014 wird der Grosse Stadtrat auch über einen Kredit von 800'000 Franken für die Vorfinanzierung der Hausanschlüsse und einen Zusatzkredit

von 3,5 Mio. Franken für die Sanierung der Kanalisation entscheiden.

41 bis 46 Parkplätze

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden die Kreuzungen übersichtlicher gestaltet und das Fuss- und Velonetz ausgebaut. Das Verkehrsregime für die Autos wird nicht verändert. Allerdings werden Parkplätze aufgehoben, unter anderem, weil die Schrägparkplätze durch Längsparkplätze ersetzt werden, da es dort relativ oft zu Unfällen kommt.

Ursprünglich ging die Stadt davon aus, dass 85 Parkplätze wegfallen. Durch Optimierungen konnte diese Zahl auf 76 reduziert werden. Zudem besteht die Möglichkeit, im Parkhaus Hirzenmatt 30 bis 35 zusätzliche öffentliche Parkplätze zu schaffen. Nach heutigem Stand kann deshalb davon ausgegangen werden, dass lediglich 41 bis 46 öffentliche Park-

plätze aufgehoben werden müssen. Heute ist das Quartier vor allem vom Verkehr dominiert. Auf der Grundlage des Gründerplans von Heinrich Meili-Wapf um 1890 wurde ein neues Gestaltungskonzept entworfen, das vorsieht, die ursprünglichen stadträumlichen Qualitäten wiederherzustellen.

Dazu werden die Trottoirs verbreitert und die Trottoirabsätze auf drei Zentimeter reduziert. Die Strassen bleiben gleich breit, werden aber optisch verengt, was die Verkehrssicherheit erhöht.

Flexible Nutzung

Durch die Verbreiterung können die Trottoirs künftig flexibel, zum Beispiel für die Parkierung oder für Boulevardrestaurants, genutzt werden. Wegen der Bauarbeiten müssen zahlreiche Bäume gefällt werden. Nach Beendigung der Arbeiten werden 50 Bäume neu gepflanzt. Das sind 17 Bäume mehr als heute.

Intensive Bauweise

Die intensive Bauweise ermöglicht es, die Bauarbeiten statt in fünf bis sechs Jahren im Sommerhalbjahr 2015 und im Sommerhalbjahr 2016 durchzuführen. Bei der intensiven Bauweise wird die ganze Strasse für den Verkehr gesperrt, damit eine durchgehende Logistikspur für die Bauunternehmen bereitgestellt und effizient gearbeitet werden kann. Die Liegenschaften sind zu Fuss jederzeit erreichbar, die Geschäfte sind immer geöffnet. Für Anlieferungen werden die Liegenschaften nach Möglichkeit rückwärtig erschlossen. Es wird in zwei Schichten von Montag bis Freitag von 5 bis 22 Uhr und am Samstag von 7 bis 17 Uhr gearbeitet.

Sanierungsplan

Frankenstrasse: April bis Juni 2015; Sempacherstrasse: Juni bis August 2015; Morgartenstrasse: September bis November 2015.

Winkelriedstrasse: April bis Juni 2016; Kauffmannweg: Juli bis September 2016; Dornacherstrasse: September bis November 2016.

Vorarbeiten

Vorgängig zu den Hauptarbeiten werden jeweils im Trottoirbereich die Hausanschlüsse erstellt, was rund zwei bis drei Monate in Anspruch nimmt.

Abschluss 2017

Die definitiven Deckbeläge werden im Sommer 2017 eingebaut. Diese Arbeiten an den sechs Strassen dauern voraussichtlich insgesamt sieben bis acht Wochen.



Blick auf die Rösslimatt, Dezember 2013